

für diese einzige wirkliche Besteuerung der Reichen stimmten geschlossen nur die Sozialdemokraten, die Nationalliberalen und die Freisinnigen. Nur mit 8 Stimmen Mehrheit wurde diese Beschlussteuer abgelehnt!

Wenn die Sozialdemokraten noch wie früher mit 70 statt jetzt mit nur 43 Mandaten im Reichstag auftreten könnten, dann war die Erbschaftsteuer angekommen!!! Jetzt muss auch der Olimpie einsehen, dass die Reichstagswahl von 1907 ein Sieg der Reichen war!

Aber wenn auch die „christlichen Arbeitervertreter“ Gießverbiß und Genossen für die Besteuerung der reichen Erben gestimmt hätten, wäre diese gerechte Steuer angenommen worden!!! Gießverbiß und Genossen stimmten gegen Belastung der reichen Erbschaften!!! Darum triumphierten die Großgrundbesitzer und die Großindustriellen!!!

Prägt euch das ein, auch ihr Kameraden im Gewerbeverein! Die Leute, die ihr gewählt habt, um eure Interessen zu vertreten, sie haben euch in entscheidender Stunde im Stich gelassen. Für die Belastung der Armen haben sie gestimmt!

Nachdem die Erbschaftsteuer gefallen und das Millionengeschenk an die reichsten Grundbesitzer und Schnapsbrenner gesichert war, trat der Blockrechtsanwalt Fürst Bülow vom Schauspiel ab. Die „Regierung“ stellte sich nun dem neuen konservativ-klerikal-polnisch-antisemitischen Block ganz zur Verfügung. Nun hausten Junker und Zentrumsteuer fürchterlich gegen die Armen und Minderbenützten; nur immer im Auge den Schutz der steuerhaften Agrarier. Es wurden folgende Steuern beschlossen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Nationalliberalen und Freisinnigen:

Erhöhung der Biersteuer um	100 000 000 M.
" Brautweinsteuern um	80 000 000 "
" Tabak- und Zigarettensteuer um	45 000 000 "
" des Tee- und Kaffeezolls um	87 000 000 "
" der Schaumweinsteuern um	5 000 000 "
Gündholzsteuer	28 000 000 "
Gläubigersteuer	20 000 000 "
Zusammen: 310 000 000 M.	

Das sind aber die indirekten Steuern noch nicht alle! Regierungsselig war geplant, wenn die von ihr vorgelegten Steuern genehmigt waren, dann sollte die 1906 beschlossene Fahrkartensteuer abgeschafft und die Zuckersteuer ermäßigt werden. Daraus ist aber nichts geworden. Auf Antrag des neuen Steuerblocks sind auch diese beiden Steuern beibehalten worden, so dass zu den obigen indirekten Steuern noch zu rechnen sind

Fahrkartensteuer	20 Millionen Mark
Zuckersteuer	35 "
Zusammen: 55 Millionen Mark	

In Summa hat also der neue Steuerblock sage und schreibe an indirekten Steuern

365 Millionen Mark

bewilligt! Diesen Raubzug wollten die Ausplünderer beschönigen, indem sie folgende direkte Steuern bewilligten:

Umlaufs- bzw. Wertzuwachssteuer	40 Mill.
Quittungen über Scheck- und Reichsbankguthaben	20 "
Einzugs- und Esektentempel erhöhung	22,5 "
Kündigungsentgeltstempel	27,5 "
Erhöhung der Matrikularkarträge	25 "
Summa 135 Mill.	

Es ist sehr bezeichnend für das böse Gewissen der Ausplünderer, dass sie diese Steuern als „Besitzsteuer“ präsentierten. Da war der Junkerführer Abg. v. Heydebrand doch ehrlicher. Er sprach im Reichstag am 10. Juli in der Schlussrede mit Bezug auf die seitgenannten Steuern offen nur von „sogenannten Besitzsteuern“!!! Und das mit Recht! Erstens treffen auch diese Steuern nur teilweise die bestehende Klasse, während die abgelehrte Erbschaftsteuer gleichmäßig alle bestehenden getroffen hätte. Geraade deswegen wurde sie ja abgelehnt vom konservativ-klerikal-polnisch-antisemitischen Steuerblock. Wenn die sozialdemokratischen Anträge zur Erbschaftsteuer angenommen worden wären, dann hätte diese Steuer allein über 100 Millionen Mark gebracht, lediglich von den reichsten Leuten. Aber das wäre „unchristlich“ gewesen, das moderne „Christentum“ besorgt lieber die Belastung der Armuten.

Außerdem werden die 25 Millionen Mark Matrikularkarträge (Abgaben der Bundesstaaten an die Reichskasse) nicht nur von den Reichen aufgebracht, sondern die direkten Staatssteuern der Arbeiter sind auch dabei. Es sind also auch keine Steuern nur auf die großen Einkommen.

Klassengegensatz, Klassenbewußtsein und Klassenkampf.

II.

Der Klassengegensatz in wirtschaftlicher, sozialer, geistiger und rechtlicher Beziehung besteht schon seit Jahrtausenden. Seitdem die ursprünglich einfache Menschenhorde fremde Elemente in sich aufnahm, die ausgedient wurden, anstatt dass man sie töte, bildeten sich Klassen und Klassengegensätze. Zwischen dem Herren und Sklaven, zwischen dem Braten und dem leibigenen Bauern zeigte sich dieser Gegensatz ebenso, wie heute zwischen dem Kapitalisten und dem Lohnarbeiter. Und zu allen Seiten haben die Unterdrückten diesen Gegensatz empfunden.

Es war das Naheste, dass zuerst der Gegensatz in wirtschaftlicher Beziehung deutlich empfunden wurde. Und in der Tat finden wir bereits bei den Völkern des Altertums zahlreiche Neuerungen eines erwachenden Klassenbewusstseins, die aus dem Zwielicht in den unterteilten Lebensbedingungen entstehen. So schreibt der griechische Dichter Lucian in seinen Briefen an Kronos, den höchsten und ältesten Gott der Griechen: „Das ist es, mein lieber Kronos, was uns am meisten verdächtigt, ja, wir finden es ganz unerträglich, dass der eine Mensch nichts zu tun haben soll, als auf Pauschalhöhe ausgetretzt die langsame Verdauung einer allgemeinen Mohrszeit abzumarten, und alle Tage im Jahre Feiertag zu haben, während uns andere sogar im Staunen der Stadt die schwere Freizeit beiderhalten, wo die paar Wagen voll Zwiebeln als Zulpeise wieder plätschen zu legen.“ Mit anderen Worten heißt das: Es ist ein Unrecht, dass der eine Mensch ohne Arbeit ein Wohlleben führt, während der andere trotz fleißiger Arbeit vor Hunger nicht in den Schlaf kommen kann. Der römische Dichter Ovid berichtet es leicht, dass der arme Mann überall getrieben und unterdrückt werde, und der römische Dichter Petronius erklärt geradezu, dass nur derjenige Mensch glücklich lebe, der viel Geld im Beutel habe. Bei dem römischen Schriftsteller Sallust lesen wir, dass der Führer eines aufständischen Proletarierheeres ausrief: „Wir Angehörige eines und desselben Volkes sind in zwei Klassen zerrissen, von denen die eine in Überfluss und Übermut lebt, während die andere von Armut und Not beherrscht wird.“

Auch unter den Juden des alten Testaments können wir das Gewissen des Klassenbewusstseins deutlich verfolgen. Besonders die Propheten, die mit dem offiziellen Christentum, den Königen und den Reichen in einer fortwährenden Feindschaft lebten, und die Vertreter des sozialen Gebäudens und die Vertreter des unterdrückten Volkes. Der Prophet Amos enträsst sich folgendermaßen: „Die Reichen verlassen

Das Ergebnis der „Finanzreform“ ist also eine neue barbarische Armenbelastung

wie sie schlimmer noch kein Parlament der Welt vorgenommen hat. Daran können auch noch so viele Schwundartikel der Junker- und der Zentrumpresse nichts ändern. Zu bedauern sind solche Arbeiter, die auf preisgeplünderten Betriebsarten noch hereinfallen. Man plündert dem Arbeiter die Taschen leer und dazu sagt die ultramontane „Röm. Volkszeitung“, das Ergebnis könne man „als ein erfreuliches betrachten!!!“

Welch ein schamloser Hohn! Die katholischen Arbeiter haben dagegen protestiert, dass wieder der größere Teil der Steuersumme an die ärmeren Volkschichten geladen werde. Trotzdem ist nun, mit Hilfe des Zentrums, es mit der Hilfe der „christlich-nationalen Arbeitervertreter“ Gießverbiß und Genossen, das abscheuliche Attentat auf die Armen ausgeführt worden. Das nennt die Kölner Zentrumpresse „ein erfreuliches Ergebnis“!

Ist es wirklich nötig die Ausplünderungen auch noch zu verböhnen? Ist das etwa eine Verfolgung der christlichen Lehre von der Sorge für die Armen? Ein Hohn auf die menschenfreundlichen Lehren Christus ist das Verhalten der modernen Raubritter!

Empörung herrscht in den Kreisen des ausgespülnderten Volkes. Alle Schwundartikel und alle Abschüttungsversuche können und werden nicht aus der Welt schaffen, was geschehen ist. Die Wahrheit kann selbst von Zentrumparteien nicht darunter unterdrückt werden. Auch in ihren Reihen bricht die Empörung los. Dafür ist heute nur ein Beweis; an weiteren werden wir es nicht fehlen lassen. Die „Oberschlesische Volkszeitung“, ein Zentrumsblatt, schrieb am 9. Juli 1907:

Wir haben schon des Bittern unseres Unwillen über die vielen und freien Steuern und getan, die der Reichstag neuerdings bewilligt hat und wohl noch bewilligen wird. Man hätte meinen sollen, dass man nach glücklicher Ablehnung der Erbschaftsteuer auch daran gegangen wäre, die kleinen Leute etwas zu schonen. Aber nein, wie wir prophezeiten, so kam es; der Herr Millionär trug auch bei der neuen Steuermacherei wiederum den Überdruck, der arme Mann den Schweren. Man braucht wahrschienlich kein Sozialdemokrat zu sein, um sich darüber bitter zu beschweren; es verstößt eine solche Art und Weise gegen die Grundsätze des Christentums. Statt die sozialen Gegenkräfte im deutschen Volk zu mildern, verschärft man sie; man macht sich zum Schriftsteller der Sozialdemokratie; verantwortet dies vermiss!

Wie die Bereitschaft zu Geldopfern bei den bestehenden Klassen des Deutschen Reiches aussieht, sobald sie kahl überlegen können, beweist die bisherige Geschichte der Reichsfinanzreform. Die Schädigkeit, die hier entwickelt wird, übertrefft bekanntlich alles auf diesem Gebiete bisher Dagewesenes.“

Der Artikel schildert dann ausführlich und zahlenmäßig die Großgrundbesitzerwirtschaft der schlesischen Adelsfamilien und erzählt von ihnen:

„Eine Anzahl der genannten Personen führt ein luxuriöses Leben im Auslande, wenn sie es nicht vorziehen, auf den Bänken der deutschen Parlamente über die Not der Mittelgutsbesitzer klagliedern anzustimmen und sich in den beweglichsten Tönen gegen die geringfügigste Besteuerung ihres Besitzes zu wenden. Sie sind es, die vor der Erbschaftsteuer bewahrt bleiben, deren Tagelöhner und Arbeitervrauen aber den erhöhten Kaffeepreis bezahlen müssen.“

Weiter wird die seit Jahrhunderten betriebene „Ausplündерungspolitik“ unserer ostelbischen Ritter, Grafen usw. in denkbare schärfsten Worten gegeißelt, und zum Schluss heißt es:

„Ihre Taktik ist noch immer dieselbe! Andere, die armes und in der bestellten Volkschicht zählen lassen und sich unterdessen selbst bereichern, das ist noch heute ihr Wein! Und darum nennt man sie „Konservative“. Die Erbschaftsteuer, die, in gerechter Form angewendet, diese Herren schwer getroffen hätte, diese schenken sie ab, bewilligen aber, patriotisch wie sie sind, mit größtem Vergnügen die Steuern auf Bier, Tabak, Kaffee, Bündholzer usw.“

So geizelt ein ehrlicher Zentrumsmann die skandalöse Ausplündерungspolitik der Zentrumpartei und ihre ostelbisch-jüdischen Bundesbrüder. Da aber ein Zentrumsblatt einmal solche Wahrheit nicht sagen darf, hat der Verfasser der katholischen „Oberschlesischen Volkszeitung“ seinen wahrheitsliebenden Redakteur prompt auf die Straße geworfen!!! Die Wahrheit wird gewahrsiegelt!

Man kann und wird aber trotzdem die Wahrheit nicht unterdrücken, dafür werden wir mitjören! Wir werden helfen den Ausplünderten, wenn sie noch nicht sehen, die Augen zu öffnen. Wir werden den Ausplünderten sagen, dass diejenigen, die christliche Worte im Munde führen, durch ihre Taten die christliche Lehre schändlich verhöhnen!

Wir haben und werden wir mitjören, wo wir solchen auftretenden Befürchtungen auf Tagesbasis, wie nachher mit aller Schärfe entgegentreten sind. Und wie die kommenden Darlegungen zeigen, haben wir uns dabei große Reserve auslegen müssen.

Es kam der nationale Bergarbeiterkongress in Berlin, wo der Bergarbeiter W. Thomas auftrat und mir die

Jahr 1806 ein Führer der aufständischen Bauern: „In England wird nicht besser werden, ehe nicht alles Gemeineigentum gibt und es wieder Könige nach Edelleute gibt. Wie haben uns die Herren behandelt? Warum halten sie uns in Knechtschaft? Wir stammten alle von den gleichen Stammeltern, Adam und Eva, ob. Wodurch können die Herren beweisen, dass sie besser sind als wir? Vielleicht dadurch, dass sie verzeihen, was wir erwidern und bearbeiten, Sie tragen Samt, Seide und Pelzwerk, wir sind gekleidet in elendes Linnen. Sie haben Wein, Gewürze und Süßen, wie essen Kleine und trinken Wasser. Ihr Leben ist Reichtum auf herlichen Schlössern, das unsere ist Mühe und Arbeit bei Regen und Wind auf dem Felde. Und doch ist es uns unsere Arbeit, aus der sie ihren Brunn und die Wiesen ihrer Beute sein müssen. Denn der Habstücker erfindet Elste und verdirbt die Freuden mit falschen Worten, wenn er Recht sprechen soll.“

Kann man die wirtschaftliche Ungleichheit, die Ausbeutung der Armen durch die Reichen, kann man die Ungerechtigkeit einer Klassen-

gesellschaft jüngerer Brandmarken, als es in diesen Sätzen geschieht? Und es ist da zu verwundern, dass welche Schichten der Bevölkerung das Vermögen hatten, einer unterdrückten und entretenden Klasse anzugehören? Wie ein Dichter des Altertums sich ausdrückt: „Wenn man arm und reichtlos ist und die Reichen im Genusse schwelgen und ein Faulenzerleben führen sich, so kommt ein das Ende des Daseins reicht zu einem Klassenbewusstsein.“

Dieses Klassenbewusstsein loberte bei dem unwissenden, ungebildeten Proletariate des Altertums empor zu einem glühenden Klassenhass. „Mit der Faust suchen wir unser Recht“, rief ein Slavenführer aus, und das größte Recht seien wir in der größten Gewalt, gleich wilden Löwen wollen wir lieber unsere Feinde vernichten, als zugleich mit ihnen weiterleben“. Es ist dies der selbe Klassenhass, der den griechischen Staatsmann Isocrates zu der Klage veranlasste: „Unser armer Volk macht sich ein Vergnügen daraus, seine reichen Bürger umzubringen und es freut sich mehr darüber, als wenn es seindliche Soldaten tötet. Die Reichen möchten ihr Geld lieber ins Meer werfen, als dass sie den Armen damit helfen und den Armen ist nichts angenehmer, als wenn sie die Reichen berauben können. Die Opfer, die man den Göttern bringt, hören auf, an den Altären schlachten sich jetzt die Menschen gegenseitig ab.“ Und die Resultate dieses Klassenhasses waren die zahllosen proletarischen Aufstände, die Slavenkriege in Italien, Griechenland, Sizilien und Mazedonien, die an Grausamkeit und Schärfe ihres gleichen suchen, unter denen die alte Welt kaum vergleichbar ist.

Auch unter den Juden des alten Testaments können wir das Gewissen des Klassenbewusstseins deutlich verfolgen. Besonders die Propheten, die mit dem offiziellen Christentum, den Königen und den Reichen in einer fortwährenden Feindschaft lebten, und die Vertreter des sozialen Gebäudens und die Vertreter des unterdrückten Volkes. Der Prophet Amos enträsst sich folgendermaßen: „Die Reichen verlassen

Rabhd und die „Bergarbeiter-Zeitung“

Es ist ganz natürlich, dass die „Bergarbeiter-Zeitung“ als berufenes Organ sich bisher eingehend mit der Rabhd kastriert und mit der damit zusammenhängenden Schulfrage beschäftigt müsste und auch beschäftigt hat. Nicht nur weil die „Bergarbeiter-Zeitung“ Nachorgans des Bergarbeiterverbandes ist, der eine große Anzahl Mitglieder bei der Katastrophen verlor, sondern auch um der Sache der Gerechtigkeit und Menschlichkeit willen. Wir könnten und durften nicht schweigen, als sich herausstellte, dass die Ursache der grausigen Katastrophen zu suchen war in einer Reihe von Misshandlungen, die sich almisslich auf der Rabhd vor dem Unglück entwickelt hatten. Unverhohlen haben wir von Anfang an zum Ausdruck gebracht, wie wir über die Schulfrage betrachten. Offen und rücksichtslos haben wir unsere Meinung ausgesprochen, ohne die geringste Deckung vor dem Strafgericht zu suchen. Dazu war die Zahl der Toten zu groß, das Unglück zu grausig.

Wir haben nicht die Versuche gemacht, um zu experimentieren und wir haben uns von Nebertreibungen freigehalten. Was wir aus dem Munde überlässiger Arbeiter der Zeche Rabhd hörten, was wir auf Grund langjähriger Erfahrungen in der Behandlung solcher Unglücksfälle lernten, das gaben wir wieder. Trotzdem habe ich geglaubt, die von uns Getroffenen und Bekennzeichneten hohen Strafgericht gegen uns ausgerufen, weil wir es ja gewusst haben, wegen jeder Bagatelle auf die Auflagebank gesperrt zu werden. Dennoch sollte uns ein Prozess nicht ausbleiben. Aber nicht wegen der schweren Beschuldigungen, die wir gegen einen bestimmten Personenkreis erhoben hatten! O nein, man kam auf Nebenwegen an uns heran, hing uns einen Prozess an, wegen einer Geschichte, von der wir nie etwas erwartet hätten, dass sie der Gegenstand einer gerichtlichen Klage bildet würde. Um das zu verstehen, müssen wir die Grubenverwaltung von Rabhd die übrige Presse massenhaft bedienen.

Wir haben nicht die Versuche gemacht, um zu experimentieren und wir haben uns von Nebertreibungen freigehalten. Was wir aus dem Munde überlässiger Arbeiter der Zeche Rabhd hörten, was wir auf Grund langjähriger Erfahrungen in der Behandlung solcher Unglücksfälle lernten, das gaben wir wieder. Trotzdem habe ich geglaubt, die von uns Getroffenen und Bekennzeichneten hohen Strafgericht gegen uns ausgerufen, weil wir es ja gewusst haben,

wegen jeder Bagatelle auf die Auflagebank gesperrt zu werden. Dennoch sollte uns ein Prozess nicht ausbleiben. Aber nicht wegen der schweren Beschuldigungen, die wir gegen einen bestimmten Personenkreis erhoben hatten! O nein, man kam auf Nebenwegen an uns heran, hing uns einen Prozess an, wegen einer Geschichte, von der wir nie etwas erwartet hätten, dass sie der Gegenstand einer gerichtlichen Klage bildet würde. Um das zu verstehen, müssen wir die Grubenverwaltung von Rabhd die übrige Presse massenhaft bedienen. Wir haben nicht die Versuche gemacht, um zu experimentieren und wir haben uns von Nebertreibungen freigehalten. Was wir aus dem Munde überlässiger Arbeiter der Zeche Rabhd hörten, was wir auf Grund langjähriger Erfahrungen in der Behandlung solcher Unglücksfälle lernten, das gaben wir wieder. Trotzdem habe ich geglaubt, die von uns Getroffenen und Bekennzeichneten hohen Strafgericht gegen uns ausgerufen, weil wir es ja gewusst haben, wegen jeder Bagatelle auf die Auflagebank gesperrt zu werden. Dennoch sollte uns ein Prozess nicht ausbleiben. Aber nicht wegen der schweren Beschuldigungen, die wir gegen einen bestimmten Personenkreis erhoben hatten! O nein, man kam auf Nebenwegen an uns heran, hing uns einen Prozess an, wegen einer Geschichte, von der wir nie etwas erwartet hätten, dass sie der Gegenstand einer gerichtlichen Klage bildet würde. Um das zu verstehen, müssen wir die Grubenverwaltung von Rabhd die übrige Presse massenhaft bedienen.

Zustände auf Nadbod vor und nach der Katastrophe schilderte. Den Darlegungen Thomas folgte dann später in der Presse die bekannte Berichtigung der Verwaltung der Zeche Nadbod, die zum Teil zu berichtigten versuchte, wovon auf dem Kongress nicht ein einzelnes Wort gesprochen worden war. Wir haben auf diese Zeichen „Berichtigung“ hin Thomas selbst das Wort zu seiner Verteidigung gelassen. Nur auf einen Punkt der Zeichen „Berichtigung“ gingen wir in der Nr. 8 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 20. Februar ein und wir führen hier folgendes an:

„Was nun die Berichtigung der Zeche gegen Thomas anbelangt, so werden wir Thomas selbst das Wort geben, sich zu verteidigen. Nur eine Stelle in der Zeichenberichtigung ist für die öffentlichekeit interessanter, wie sie uns interessiert. Es heißt da:

„Thomas soll ferner gesagt haben: Um Unglücksstage seien hinter einem Bruch Hilfsleute gehörig worden, daß sei ein Beweis dafür, daß Leute lebendig begraben seien. Thomas hat verschwiegen, daß allein, die im Hilfe gerufen haben, auch Hilfe geworden ist. Wir vermuten, daß Thomas, da er von Hilfsrufern hinter einem Bruch spricht, auf den Bruch, der auf der dritten Sohle im Querschlag nach Süden zwischen Mischstrecke und Flöz A lag, anspielt. Der Verleger, der hinter diesem Bruch lag und dort um Hilfe rief, ist einer der ersten, der gerettet werden konnte.“

Die Bechenverwaltung weiß besser, was Thomas gesagt und gedacht hat, wie dieser selbst. Am Montag dieser Woche ist das Protokoll über die Verhandlung des Kongresses in der „Vorwärts“druckerei in Berlin festgestellt worden. Die Bechenverwaltung kann das Protokoll sich verschaffen und dann nachprüfen, was Thomas wirklich gesagt hat und sie ist darüber der Gedankenlosigkeit enthalten. Über unabhängig von den Ausführungen Thomas und dessen Gedanken, ist die „Bergarbeiter-Zeitung“ in der Lage, einen Bergarbeiter namhaft zu machen, der bei der Katastrophe auf Nadbod folgenden Dialog gehört haben, und diesen beschwören will:

Bergrevierbeamter Holländer: „Hier sind noch Lebende, was ist zu tun?“ **Direktor Andree:** „Was lebt, das lebt, wir müssen heraus!“

Wir sind bereit, dem unterliegenden Richter event. der Staatsanwaltschaft den Namen des betreffenden Bergarbeiters zu übermitteln.

Nicht er allein will diese sinnigenen Aeußerungen gehabt haben.

Wir selbst stehen auf dem Standpunkt, daß im ständigen

Unglücksfallen sich oben genannte Aeußerungen aber, dann glauben wir,

dass die Bechenverwaltung der Zeche Nadbod ihre Berichtigungen später etwas vorsichtiger abfaßt, oder damit am besten ganz zurückhält, bis das Gericht das Drama selbst erörtert hat.“

Kein Wort hatte Thomas davon gesagt, daß Leute lebendig begraben worden seien, aber die Zeche ging her, flug an zu berichtigten, wo es nichts zu berichtigten gab. Daraufhin haben wir zum ersten Mal an ein Gespräch erwartet, das in der Grube am Unglücksstage, kurz vor der Ausfahrt geführt sein sollte, das Gespräch zwischen dem Direktor Andree und dem Bergrevierbeamten Holländer. Wir waren probotiert worden und die Offenheitlichkeit

hatte ein Recht zu wissen, wie es mit den diesbezüglichen Berichtigungen der Zeche ausnahm. Aber wir veröffentlichten das Gespräch nicht um zu zeigen, daß die Zeche besser getan hätte, zu schweigen, sondern wir trugen zur Verhüllung derselben einen Bergarbeiter bei, die uns fortgesetzte drängten, die Frage, ob noch Lebende in der Grube seien, in der „Bergarbeiter-Zeitung“ anzuschneiden. Daraum vertraten wir den Standpunkt, daß „Umstände auch bei einer Katastrophe im Bergbau eintreten können, wo an eine Rettung selbst Lebender nicht mehr gedacht werden kann.“ — Damit kam unsere leise Mahnung, bei Berichtigungen doch vorsichtiger zu sein!

Und daraus ließ die Bechenverwaltung die Anklage gegen die „Bergarbeiter-Zeitung“ entstehen — weil sich Herr Andree beleidigt fühlte. Nun wäre Wangen am persönlichem Mut am Unglücksstage vorgeworfen worden. Herr Andree las aus (Nr. 8 der „Bergarbeiter-Zeitung“) obigen wiedergegebenen Zeilen heraus, was kein Mensch, der sich obige Zeile genauer ansieht, herauslesen kann. Am 14. Juli kam es zum Termin vor der Bochumer Strafkammer und die Folge war, daß noch ehe die Beweisaufnahme geschlossen war, die Kläger auf den Rücken zu liegen kamen. Der Prozeß wird den Herren von Nadbod wenig Freude bereiten. Aber sie haben es ja nicht anders gewollt!

Nadbod vor Gericht.

Unter großem Zudrang ging die Verhandlung gegen den verantwortlichen Redakteur der „Bergarbeiter-Zeitung“ Theodor Wagner vor sich. Den Vorfall führte Landgerichtsdirektor Zimmermann, während der Erste Staatsanwalt Kretschka die Anklage vertrat. Der Verteidiger Wagners war Wolfgang Heine-Berlin. Der als Nebenkläger zugelassene Bechendirektor Andree war durch Rechtsanwalt Kötzen-Dortmund vertreten, außerdem war anwesend der Bergrevierbeamte Holländer, sowie 14 von ihm geladene Zeugen und ein Zeuge, der von der Staatsanwaltschaft bestellt war.

uns schaufen macht. Wie dem Proletarier der Morgen herauskommt, das machen sich die im Glüde Sitzenden selten klar. Solche hat in seinem Roman „Gernival“ das Erwachen einer Arbeitersfamilie in der Zeit eines eisigen Winters geschildert. Es fröstelt einen, wenn man die gräßige reine Darstellung liest, man möchte wünschen, daß biese und ähnliche Bilder aus der Stadt des Glends oft angeschaut würden. Die englischen Fabrikanten, die innen der Betriebsstätten an Menschenleben, an Sitte und Menschentum ihre Wohnsäle haben, zeigen meist keine Spur von Mitgefühl oder Bedauern mit den Folgen ihres Systems. Die volkswirtschaftliche Literatur ist nur das getrennte Spiegelbild dieser Geschäftswelt. Vergebens sucht man in dem reichen älteren Schrifttum dieser Wissenschaft einen Ton von warmem Interesse für das Wohl der Arbeiter oder eine Spur von Mitgefühl in ihrem Glend. Es gibt vor allem eine Erscheinung, die das Gemüt des Volkes, wie die Betrachtung des denkenden Verstandes in den Tiefen aufzeigt: der verschwendische Überfluß an Gütern an der einen Stelle und die hungernde Armut an der anderen. Dieser als ebenso stinks wie schmerzlich empfundene Widerpruch hat sich durch die enorme Steigerung der Produktion und die erleichterte Zuflucht aus allen Ländern zu der geradezu diabolisch erscheinenden Belpunkt entwickelt, daß die Produzenten an ihrem Überfluß im eigentlichen Sinne brotlos werden. Nirgends erscheint der egoistische Will in seiner nackten Gemeinheit deutlicher, als in der grausamen Härte, mit der er andere verhungern läßt, während er selbst im Überfluss sitzt; er scheint das geringste Opfer und tausend Menschenleben sind ihm keinen Pfennig wert . . . Raum für alle hat die Erde — dies Dichterwort leuchtet dem naiven Gemüte so unwiderrücklich ein, daß man gerade hier die Willkür und Härte der bestehenden Gesellschaftsordnung mit sittlichen Boshaftigkeit beweisen kann. Weßhalb müssen, wo überall so unermöglich viel Blut ist, Millionen in den Pesthauben großer Städte oder in den verkommenen Löchern auf dem Lande eingepfercht leben, während die Reichen in übergroßen Häusern prassen und viele Paläste leer stehen?“

Und wenn das Klassenbewußtsein der Reichen angeblich solch ungeheuerlicher Anstrengung unterdrückt bleibt von Mitgefühl, wenn es die Herzen der Kapitalisten verbärkt wie Kochendes Wasser ein Eis, so erwacht auf der anderen Seite das Klassenbewußtsein des Unterdrückten in den Klostern des breunenden Verlangens nach besseren, gerechteren Zuständen. Es entsteht der feste, unbegrenzte Willen in den Millionen der klassenbewußten Proletarier, Gesellschaft zu schaffen, in der jedem Menschen und einer kleinen Frist tötet, ein menschenwürdiges Dasein gewährleistet wird.

Vor Eintritt in die Verhandlung wurde festgestellt, daß der Hauptzeuge Kretschka fehlt, dessen Adresse trotz großer Bemühungen am Tage vor dem Termine ausfindig gemacht werden konnte. Er wohnt z. B. in Böhmen Bezirk Brauna. Kretschka hat hingegen unter Eid schon vor dem Untersuchungsrichter seine Aussage über das Gespräch zwischen Andree und Holländer gemacht. Sie dürfte sich bei den Alten vorfinden. Kretschka ist auf unsere Veranlassung hin vernommen worden und soweit uns bekannt, hat er das Gespräch zwischen Andree und Holländer wörtlich oder sinngemäß bestätigt! Dennoch die Anklage!

Da Kretschka fehlte, versuchte das Gericht, wie die Staatsanwaltschaft, den Prozeß zu vertagen. Heine beantragte zu verhandeln. Für Kretschka habe er einen andern Zeugen zur Stelle, Rühn, der am Unglücksstage mit Kretschka zusammen war. Auf die Frage des Ersten Staatsanwalts, wie die Verteidigung zu dem Zeugen Rühn gekommen sei, stellt Heine die Gegenfrage, wie die königliche Staatsanwaltschaft zu ihren Zeugen gelange? Im übrigen entbrannte ein Streit zwischen Verteidigung und dem Gericht sowie dem Staatsanwalt darüber, ob der ganze Artikel der „Bergarbeiter-Zeitung“ unter Anklage gestellt werden sollte oder nicht? Heine wollte ihn ganz verhandeln wissen, da in dem Artikel auf die Berichtigung der Bechenverwaltung gegen Thomas und dessen Gedanken, ist die „Bergarbeiter-Zeitung“ in der Lage, einen Bergarbeiter namhaft zu machen, der bei der Katastrophe auf Nadbod folgenden Dialog gehört haben, und diesen beschwören will:

Bergrevierbeamter Holländer: „Hier sind noch Lebende, was ist zu tun?“ **Direktor Andree:** „Was lebt, das lebt, wir müssen heraus!“

Wir sind bereit, dem unterliegenden Richter event. der Staatsanwaltschaft den Namen des betreffenden Bergarbeiters zu übermitteln.

Nicht er allein will diese sinnigenen Aeußerungen gehabt haben.

Wir selbst stehen auf dem Standpunkt, daß im ständigen

Unglücksfallen sich oben genannte Aeußerungen aber, dann glauben wir,

dass die Bechenverwaltung ihrer Berichtigungen später etwas vorsichtiger abfaßt, oder damit am besten ganz zurückhält, bis das Gericht das Drama selbst erörtert hat.“

Kein Wort hatte Thomas davon gesagt, daß Leute lebendig begraben worden seien, aber die Zeche ging her, flug an zu berichtigten, wo es nichts zu berichtigten gab. Daraufhin haben wir zum ersten Mal an ein Gespräch erwartet, das in der Grube am Unglücksstage, kurz vor der Ausfahrt geführt sein sollte, das Gespräch zwischen dem Direktor Andree und dem Bergrevierbeamten Holländer. Wir waren probotiert worden und die Offenheitlichkeit

hatte ein Recht zu wissen, wie es mit den diesbezüglichen Berichtigungen der Zeche ausnahm. Aber wir veröffentlichten das Gespräch nicht um zu zeigen, daß die Zeche besser getan hätte, zu schweigen, sondern wir trugen zur Verhüllung derselben einen Bergarbeiter bei, die uns fortgesetzte drängten, die Frage, ob noch Lebende in der Grube seien, in der „Bergarbeiter-Zeitung“ anzuschneiden. Daraum vertraten wir den Standpunkt, daß „Umstände auch bei einer Katastrophe im Bergbau eintreten können, wo an eine Rettung selbst Lebender nicht mehr gedacht werden kann.“ — Damit kam unsere leise Mahnung, bei Berichtigungen doch vorsichtiger zu sein!

Und daraus ließ die Bechenverwaltung die Anklage gegen die „Bergarbeiter-Zeitung“ entstehen — weil sich Herr Andree beleidigt fühlte. Nun wäre Wangen am persönlichem Mut am Unglücksstage vorgeworfen worden. Herr Andree las aus (Nr. 8 der „Bergarbeiter-Zeitung“) obigen wiedergegebenen Zeilen heraus, was kein Mensch, der sich obige Zeile genauer ansieht, herauslesen kann. Am 14. Juli kam es zum Termin vor der Bochumer Strafkammer und die Folge war, daß noch ehe die Beweisaufnahme geschlossen war,

die Kläger auf den Rücken zu liegen kamen. Der Prozeß wird den Herren von Nadbod wenig Freude bereiten. Aber sie haben es ja nicht anders gewollt!

Die Zeugenaussagen.

Zunächst wird Rühn vernommen. Er bestätigt mit Kretschka zusammen am Unglücksstage gearbeitet zu haben. Und er habe dann von einem der beiden anwesenden Herren, Andree oder Holländer gehört, daß noch Lebende da seien — von dem andern Herren habe er noch die Worte . . . „Wir müssen heraus!“ gehört! Sofort habe er sich mit Kretschka in Verbindung gesetzt und dieser habe bestätigt, daß gesagt worden sei: „Was lebt, das lebt, wir müssen heraus!“ Vom Vorsitzenden gefragt, ob er selbst sich von der Auwesenheit Lebender überzeugt hätte, antwortete Rühn mit: „Ja!!!“ Er habe hinter dem Bruch ein Gewinner gehört und er wäre gern zu ihnen vorgedrungen, was durch einen Befehl zur Ausfahrt verhindert worden sei. Daß man nicht weitere Rettungsversuche unternahm, habe ihn gewundert, daß sei ihm kurios vorgekommen. Herr Direktor Andree macht sich einen Ausdruck von Rühn „Süden“ zunige und will Rühn in die Enge treiben. Jedoch erklärt Rühn, daß sich das Gespräch in einer östlichen Strecke auf der dritten Sohle zugetragen habe. Dem Andree fällt Heine ins Wort: „Der Zeuge soll hier offenbar auf Nebensächlichkeiten festgenagelt werden, um ihm einen Meinungsprozeß anzuhängen.“ Andree verteidigt sich dagegen, der Richter vorstehende hätte die Sache für belanglos.

Rechtsanwalt Heine (zum Zeugen): Wenn ich recht verstanden habe, so haben Sie von dem Gespräch persönlich die Worte gehört: „Es sind noch Lebende da“ und ferner die Entgegnetung: „Wir müssen heraus!“ Der Zeuge Kretschka hat Ihnen also nur ergänzt: „Was lebt, das lebt!“

Der Zeuge Rühn bestätigt das.

Rechtsanwalt Heine: Der Bergik, in dem die Rettungsarbeiten stattfanden, war wohl verhältnismäßig klein?

Zeuge: Ja. Wir hörten jemand um Hilfe rufen, konnten aber nicht hinzu wegen des Bruchs.

Vorsitzender: Hatten Sie Hilfe schaffen können?

Zeuge: Ich glaube doch. Ganz leicht wäre es allerdings nicht gewesen.

Rechtsanwalt Wagner: Wie war die Wetterführung?

Vorsitzender: Diese Frage gehört doch wohl jetzt nicht zur Sache.

Wagner: Sie ist wichtig für die Beurteilung der Frage, ob eine Rettung Lebender möglich gewesen wäre.

Zeuge: Der Wetterzug, der sehr stark war, kam vom Schacht und strich über den Bruch hinweg.

Wagner: Er trieb also die schlechten Wetter fort. Eine direkte Gefahr lag mithin nicht vor und man hätte den Bruch aufräumen und die Lebenden retten können.

Der nächste Zeuge Hirschfeld ist von der Staatsanwaltschaft durch Depesche geladen. Auf Befragen gibt er zu, daß gesagt worden sei, es möglichen noch Lebende da seien! Der andere Herr habe dann gesagt: „Wenn auch noch Lebende da sind, wir könnten hier doch nicht helfen!“ Wer die Herren waren, hätte er damals nicht gewußt, erst später habe er die Herren, Andree und Holländer, kennen gelernt. Hirschfeld bestätigt, wie Rühn, daß das Gespräch in der östlichen Richtstrecke auf der dritten Sohle stattgefunden habe. Die Neugierung „Was lebt, lebt“ habe er nicht gehört.

Der hierauf vernommene Zeuge Peter Thomas, der Bruder des geretteten Wilhelm Thomas, schilderte die Rettungsversuche mit folgenden Worten:

Ich bin mit Direktor Andree, Berginspektor Holländer und anderen Beamten eingefahren. Auf der zweiten Sohle stiegen u. a. Andree und Holländer aus. Drei vier Minuten später sagte der Betriebsführer: Nach Osten kann man nicht kommen, da brant es. Es kam uns auch Dualm entgegen. Wir fuhren weiter in die Tiefe. Die Spülattalen waren zerissen, die Rohre der Wasserleitung hingen lose im Schacht. Unten fuhren der Betriebsführer, ob Leute da seien. Ja, hieß es, wir haben hier einen Friedhof Sierenberg. Er kommt aus der westlichen Abteilung vom

Steiger Hirschfeld aus dem Ausbruch. Da es einer meiner Kameraden war, wollte ich hinunter; ich wurde aber festgehalten. Der Betriebsführer schickte mich nach Schacht 2. Dort stand ich im Pferdestall noch drei oder vier Pferde lebend stehen. Die Wettertholen waren ungerissen und die Wetterlukten waren entwölft. Im Füllort hörte ich ein Geräusch, das ich zunächst auf die Wetterführung zurückführte. Man sagte mir aber, das müsse ein Lebender, wahrscheinlich ein Schachthauer sein. Um uns war dichter Dualm. Wir schwankten die Lampen, um den Nebel zu durchdringen und fanden den Bergmann Kulttel. Der rochete tief. Wir lösten ihm Hemd und Halstuch, wuschen ihm Mund und Zunge, die verbrannt und aufgeschwollen waren, und sorgten für eine Tragbare. Kulttel kam vom südlichen Querschacht einer gesunken. Der rief: Kommt! Im Süden brennt! Da liegt einer im Wagen, der schreit! Wir ließen hin, kamen an den Bruch und kletterten darüber hinweg.

Vorsitzender: Ich bitte Sie, doch zur Sache zu kommen.

Zeuge: Das wird gleich geschehen.

Vorsitzender: Haben Sie gehört, daß jemand gesagt hat: „Was lebt, das lebt!“

Zeuge: Ja, Direktor Janzen hat ähnliches gesagt. Es stand da jemand, der sagte: Hier darf niemand hinein. Direktor Janzen dachte: „Es kann doch jeder vernünftige Mensch sehen, daß hier nichts zu retten ist. Wir müssen sehen, daß wir raus kommen,

sonst ist die ganze Sache verloren!

Ich will mit Inspektor Holländer sprechen und sehen, was sich machen lässt!“ Direktor Janzen entfernte sich dann und da keiner der Herren zurückkehrte, fuhren wir aus.

Vorsitzender: Sie sagten, daß Sie einen Wasserschlauch in der Hand hielten. Hatten Sie denn auch Wasser?

Zeuge: Ja, aber nur auf fünf Minuten!

Nach der Vernehmung dieses Zeugen zog sich der Gerichtshof zur Beratung zurück. Nach wenigen Minuten verkündete Landgerichtsdirektor Zimmermann folgenden Besluß:

Das Gericht hat beschlossen, den Prozeß auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Der neue Termin wird nach Beendigung des Verfahrens am Landgericht Münster angezeigt werden. Erst nach Abschluß desselben wird sich übersehen lassen, welche Zeugen für das gegenwärtige Verfahren von Belang sind.

Wir wollen feststellen, wie das ja auch aus der Zeugenaussage Thomas hervorgeht, daß die Aeußerungen Rühns ein besonderer Akt sind und mit den Aeußerungen Andrees und Holländers nichts zu tun haben. Selbstverständlich bedauern wir lebhaft, daß der Zeuge Kretschka nicht zur Stelle war. Was dann? Daß dann noch die „Bergarbeiter-Zeitung“ in Ueberlegung gehandelt? Oder war es nicht unsere Pflicht, der Berichtigungspraxis der Zeche Nadbod einen Dämpfer aufzusetzen. Wie die Herren Andree und Holländer sich den vorgenannten Zeugenaussagen gegenüberstellen werden, wissen wir heute noch nicht. Wir werden das ja noch jenen.

Die Bergungsarbeiten auf Nadbod.

Über den Prozeß wird ja nicht das lebte Wort gesprochen sein. Aber uns drängt noch etwas, was wir an dieser Stelle nicht vorübergehen lassen wollen, und zwar die Art, wie die Bergungsarbeiten vor sich gehen!

Die Grube sieht — soweit die dritte Sohle in Frage kommt, seit November unter Wasser. Die Folge wird sein, daß die dritte Sohle überhaupt nicht mehr befahrbar sein wird! Der Herd der Katastrophe, ist er auf der dritten Sohle, wird wohl nicht mehr festgestellt werden können. Und wie bestimmen auch, daß man jemals zur Bergung der in verschiedenen Leichen treten wird?

Ober auf der zweiten Sohle gehen die Bergungsarbeiten derartig voran, daß erst wenige Leichen bisher zutage gefordert wurden. An einer Stelle vermutete man eine Unzahl Leichen. So berichtete die Presse. Wir haben bis jetzt vergebens gewartet, daß sich diese Vermutung bestätige, obwohl man die vermeintliche Stelle u. G. erschlossen hat. Sachen von Arbeitern hat man vorgefunden, die Leichen sind nicht da. Wo sind sie — ??

Gemäßlich schreitet die Arbeit voran. Neben den Aufräumungsarbeiten treibt man Strecken, setzt alles hübsch instand und wie gearbeitet wird, darüber folgendes:

Vor dem Unglücksstage war man auf der Grube Nadbod damit beschäftigt von Schacht II aus einen Querschlag in südlicher Richtung nach Flöz III herzustellen. Um diesen Querschlag schnell fertig zu haben, wurde gleichzeitig von Flöz III aus dem Querschlag entgegengeschlagen. Am Tage des Unglücks waren die Arbeiten bis auf 35 Meter hergestellt. Der Quersch

Bildung einer unparteiischen Kommission, zu der auch von den Bergarbeiterorganisationen zu bestimmende Personen einzuziehen werden müssen. Diese Kommission muss das Recht erhalten, sofort, wie zu jeder Zeit, die Vergungskarren zu überwachen. Jetzt über die Beschuldigten Selbstschutz. Dass es so sein kann, finden wir ebenso unerhört wie ratschhaft. Die s. B. beschlossene Zugleichung der beiden Weltkriegen artet zur Komödie aus. Die sollen wohl erst dann das Werk befahren, wenn es den Beschuldigten paßt und wenn alles in Ordnung ist nach Ansicht der Herren! Gibt es eine Gerechtigkeit, dann willsfahre man unseres Wunschen im Namen der 980 Opfer, im Namen der Überlebenden.

Aus unseren Rechtschungsbureaus.

II.

Neben der Preisdurchrechnung bildet in den Geschäftsfällen auch die Qualität der Waren eine ständige Klage der Kontrollhaber. Doch sind dieselben machtlos, da der gerollte Gewichtskontrolleur sich in den Verträgen vom Käufer unterzeichnen lässt, dass derselbe die Waren im tadellosen Zustand gekauft hat, weiterlich aber auch noch die Vorlesung gebraucht, da der Käufer genau weiß, dass sich Klagen herausstellen, sich durch vorgebrachte Versicherungen bestätigen lässt, dass der Kunde auf irgendeine Reklamation verzichtet bzw. mit der Lieferung zufrieden ist.

In der Not steht der Teufel Fliegen und der einzige, welcher aus Not in die Lage kommt, ein Abzahlungsgeschäft in Auftrag zu nehmen, unterschreibt, was das Heug halten kann, bedenkt aber nicht, dass das bloße Ende gewöhnlich hintertritt.

Oft, sehr oft kann man vor den Gerichtshäfen erfahren, wenn die Qualität der von den Abzahlungsgeschäften gelieferten Waren zur Sprache kommt, weshalb eindeutig Schund den Leuten als Mängel verkauft wird. Ein seit langen Jahren am Untergericht in Essen beschäftigter Richter, dem man das Zeugnis ausstellen muss, dass er die Volksfeuer gern kennt, hat wie wir beobachteten können, die Gesetzesgenossenschaft, Vagende Bellagte nach der Qualität der Abzahlungswaren zu fragen und sich die einzelnen Details beschreiben zu lassen; er kennt die Schmerzen des Vagenden Bellagten, aber Gesetz ist Gesetz, Vertrag ist Vertrag, und Schuld hat seinen Schein.

Eine besondere Spezies in den Geschäftsfällen bezügl. auf den Korridoren der Gerichtsgebäude bilden die vor der Verhandlung getroffenen Vereinbarungen zwischen Käufer und Verkäufer. Fürchtet der Vertreter des Käufers unliebsame Erörterungen während der Verhandlung, so sucht er nach Möglichkeit den Gegner auf dem Korridor zu erwischen und denselben zum Abschluss der bereits erwähnten Vergleichs zu gewinnen; häufig gelingt, häufig auch nicht. Gutekult der Vertreter bei seinem Gegner die nötige Portion Dummkopf, so bewegt er ihn unter dem Versprechen, Altkäufte gebrauchen zu wollen, zu einem schlanken Auerkeimnis und das Urteil mit allen seinen Möglichkeiten ist fertig. Gelungen darartige Praktiken nicht, d. h. wird die Sache streitig, so beantragt der sein Publizist kennende Vertreter die Verneinung von Bezeugen Sachverständigen usw. von der Leistung eines Kostenwuchses abhängig zu machen und die Klemme ist für den Zahlungsunfähigen Verkäufer wiederum da. So gibt es sehr viele Möglichkeiten, um dem in finanziellen Schwierigkeiten steckenden Abzahlungskunden die Erfreitung seines Rechts zu erschweren.

Doch nun zu weiteren „Krampeisenheiten“, wie sie in Abzahlungsgeschäften an der Tagessordnung sind. Wir sagen ausdrücklich an der Tagessordnung, da uns die Erörterung bewusst hat, dass in der ganzen Sache ein wohlbedachtes System zum schnellen Reichen auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung liegt und dass dieses System mit allen seinen geheimen und ungeschickten Hilfsmitteln nicht dazu angepasst ist, die Volkswirtschaft auch nur um einen Grad zu heben, wie fälschlich noch in organisierten Arbeiterkreisen angenommen wird, sondern dass dieses wohldurchdachte Staatsystem alle Voraussetzungen in sich birgt, die Widerstandskraft der arbeitenden Bevölkerung gegen kapitalistische Einflüsse unvergänglich zu brechen.

Gerade bei uns im Stuhrgebiet finden die Abzahlungsgeschäfte die meisten Opfer. Nicht bewohnt von Arbeiternassen, die von der Hand in den Mund leben, sind diese Massen auf den Punkt angewiesen und werden so schon von Freibauern jeder Art auf das schlimmste verachtet. Tausende der Freibauern werden durch die Agenten der Schlossbarone jährlich in das Stuhrgebiet geschleppt. Ganz nackt und bloß hier ankommen, fallen diese Armen dann auf Jahre den Abzahlungsgeschäften auf. Der Ausbeutung und Schmach auf Jahrhundert verfallen, hält es dann sehr schwer, diese Arbeiter für die gewerkschaftlichen Organisationen zu gewinnen.

Man kann die Abzahlungsgeschäfte von einer Seite betrachten von welcher man will, es kann nicht dringend genug vor ihnen gewarnt werden. Wie haben schon erwähnt, dass die durch gerichtliches Urteil oder Vergleich zum Aufriss gebrachten Ungelegenheiten, dem Käufer im Verzugsfalle große Nachteile, dem Verkäufer dagegen nicht zu unterschätzende Vorteile bringen. Häufig verliert der Käufer sein eingezahltes Geld vollständig und macht dieses infolge der horrenden Preisberechnung oft bedeutende Summen aus, oft den vollen wirtschaftlichen Wert der erworbenen und leider verlorenen Gegenstände, ja sogar nicht selten ein erhebliches Sümmchen darüber hinaus. Der Verkäufer aber gelangt in den Wiederbeschaffung der von ihm unter Eigentumsvorbehalt verkauften Gegenstände und bleibt auch in 90 von 100 Fällen infolge der von ihm beliebten Berechnungsmethode für Unkosten, Minderwert, Miete, Transportkosten usw. im Vollbesitz der von dem Käufer eingezahlten Summen und genauer, durch die rechtsgültig vereinbarte Berechnungsmethode neben der Wiederaufstellung der Sachen bei Verlust der eingezahlten Beträge, noch eine Extrabedingung. So werden „Geschäfte“ gemacht!

Ein anderes Bild:

Die Hilfe der Gerichte ist nicht immer von Nöten, sie kann auch unter gewissen Umständen vom Leben sein. Auch da weiß der Abzahlungshändler Rat. Wozu hat er denn seinen Schein? Nachdem vorher das Operationsrecht vorsichtig sondiert, wird Zeit und Stunde abgewartet, in der die Frau oder gar histiose Kinder allein in der Wohnung sind. Es erscheinen dann die Helfershelfer der Firma als da sind, klassifizieren, Rechtsberater usw. mit den nötigen Transportmitteln, gleich mittelalterlichen Straubünden und abschrecken den Haustat oder das betreuende Möbelstück, um es schlimmst das Geschäftsvormögen zur Weiterveräußerung einzufordern. Solche Fälle kommen sehr oft vor und sind auch allgemein bekannt.

Eine andere bestehende Methode, sich ohne gerichtliche Hilfe bei sämigen Zahlen auf möglichst schnelle und billige Weise in den Wiederbeschaffung der geliebten Sachen zu sehen, sieht so aus:

Zwischen dem Abzahlungsgeschäft und einer mit demselben in Verbindung stehenden Person, in der Regel sind es Agenten oder Fuhrleute, wird vereinbart, die Möbelstücke des hämigen Zählers zu kaufen. Geht der Arglose auf den Leim ein, dann ist er der Geplante. Nach Zahlung eines kleinen Angeldes erfreut der Pfandschäfer alsbald mit einem Fuhrwerk, um die von ihm gekauften Gegenstände abzuholen. Verlangt der Geplante Geld bei Abgabe der Sachen, so wird ihm bedeutet, dass man erst wechseln müsse dies zu hohe auszahlen wolle und derlei nicht. Entweder zieht man die Käfer geduldige Fahrermann die Sachen direkt dem Abzähler aus, zu oder es ergeht während die Fahrt ein weiterer Geplante der Firma um Beifrag auf die Sachen zu legen und Reflexen, um seinem Chef zugeführt. Das ehreame Schneiderlein, von dem die Zeitungen fürstlich berichten, wurde genau auf dieselbe Weise verleitet und geplellt; er möchte alsbald haften, wieder in's Inventarium der Firma wanderte.

Zum Unerwünschten, dem geschäftlichen Leben mit allen seinen Manipulationen und Praktiken fernzubleiben, mögen solche Vorurteile, die einem Betrug versteckt üblich scheinen, fast unglaublich erscheinen.

Der Betrug schweigt in der Regel, doch die Abzahlungskäuferei, die Angestellten, die Fuhrleute und solche Personen, die Gelegenheit hatten hinter die Kulissen zu schauen, wissen ein Viech davon zu erzählen, dass solche Krampfächer nicht etwa zu den Ausnahmen gehören. Manche Augenstellte solchen Firmen suchen sich in der Ausführung solcher Beträuflichkeiten zu überzeugen. Ein aufrichtiger Beobachter hat gefunden, dass derartige Angelegenheiten zu den ständigen Gesprächsthemen bei ihren jeweiligen Zusammenkünften gehören. Es gibt an den verschiedenen Plätzen diverse Faktunternehmer, die Gelegenheitsfahrer für Abzahlungsgeschäfte auszuführen, also dem Geschäft fernzubleiben; dennoch stehen die derselben häufig recht nahe, da sie es in der Ausführung

solcher Krampfächer, wie oben geschildert, zu einer gewissen Virtuosität gebracht haben und beschäftigt als unauffällige Helfershelfer dem Abzahlungsgeschäft wertvolle Dienste leisten. — Ein weiteres Mittel wird angewandt, wenn der Pseudokauf etwas nicht zustande kommt. Eine unbekannte Neuerung des hämigen Kunden über eine Abfahrt oder Benetzung, einen oder mehrere Gegenstände zu verkaufen, gibt dem Pseudokäufer Veranlassung, nunmehr eine eidesstattliche Versicherung vom Stapel zu lassen, wonach der so und so die Abfahrt geäußert, das Eigentum der Firma so und so zu veräußern. Auf Grund dieser eidesstattlichen Erklärung erwirkt der Abzahlungshändler die vorläufige Beschlagnahme bezw. den Arrest der Sachen und lässt sie durch den Gerichtsvollzieher in seinen Wiederbesitz gelangen. Die nunmehr folgende Herausgabeplatte gegen den hämigen Zahler führt natürlich zu einem für diesen ungünstigen Urteil. Der Zweck ist erreicht und ihnen Einwendungen von dem Kunden kann noch gemacht werden.

Einen Schustermeister, der mit einem Abzahlungsgeschäft in Verbindung stand, passierte gar das Malheur, dass blöde Jungen ihn verdächtigt hatten, er wolle das Eigentum der Firma verkaufen; in Wirklichkeit dachte er nicht daran, sondern beschäftigte andere, ihm selbst gehörige Stücke zu verkaufen. Auch ihm rückte man schleunigst mit einem solchen Arrest auf den Hals und räumte ihm ohne weiteres die Bude aus. So wurde diesem Mann ein unglaublicher Haushalt, eine Kostgängerwirtschaft fast vollständig brach gelegt. Und erst nach langer Zeit und langen Prozessen gelang es dem Betroffenen, der nicht auf den Kopf gefallen war, sein Recht zu erlangen. Dieser Fall lehrte schließlich die richtige Art und Weise des Vorgehens der Abzahlungsgeschäfte, sobald Ihnen auch nur eins vernünftliche Gefahr droht. Durch Nebenwollen persönlicher Freunde oder gar nur durch gewöhnliches Geschäftskennen kann das gesamte Hauses der Abzahlungskäufer vernichtet werden.

Dass man auf Seiten der Verkäufer nicht fadelt, wenn es als durch Aufall Wortesse zu erlangen und dass man sich keine Gewissensbisse macht, haben wir schon geschildert.

Ein anderes Fall: Zu den letzten Tagen kam eine junge Witwe vom Besuch ihrer auswärts wohnenden Mutter zurück, mit welcher sie die flüchtige Gestaltung ihrer Verhältnisse besprochen hatte, da der Ehemann gestorben. Vor ihrer Abreise zahlte die Frau an die Firma F. Martin Markt, in Elsin, Grabenstraße 1 einen Betrag von 12 Mk. (mehrere Wochenraten) für geleseerte Mübel ein und teilte ihre vorübergehende Wohnenheit unter Darlegung der Gründe und Verhältnisse mit. Am Tage nach der Rückkehr wurde der Frau von der hämischen Firma die Wohnung geräumt. Auch hier hatte die eidesstattliche Versicherung eines „Freundes“ ihre Wirkung nicht verfehlt und das Mobiliar mitamt dem eingezahlten Betrage von 12 Mk. — befanden sich wiederum im Besitz der menschenfreudlichen Firma Martin. Einige Beispiele von der vielgeprägten Art der „segensreichen Tätigkeit“ der Abzahlungsgeschäfte finden hier noch Platz finden:

Ein junges Ehepaar beabsichtigte sich zwei Zimmer einzurichten, ließ sich aber auf Anraten der Firma Oswald dazu bewegen, für drei Zimmer abzuzahlen, sobald das Gesamtobjekt sich auf 1019 Mk. — belief. Der ungeheure Preis der Sachen stand zu dem tatsächlichen Wert in keinem Verhältnis. Im Laufe von zwei Jahren wurden auf die Gesamthütte 700 Mk. abgezahlt. Die Kleider waren in der Zeit von zwei Jahren, infolge ihrer „Eile“, teilweise zerissen und zerbrochen wie Glas und der Käufer verlangte verschleierten, sogar unter Beugen, die Reparatur, welche auch zugesetzt wurde. Doch wurde das Versprechen nicht gehalten. Der Käufer erhielt die Klage auf Herausgabe der gelieferten Gegenstände. Wie haben diese Sachen durch einen Fachmann besichtigen lassen und fanden eine zusammengefassene vollständig unbrauchbar gewordene Schranktür, zusammengefassene Stühle, gerissene Bettstellen, beschädigte Matratzen, ein geflicktes Bettlaken usw. Die Gegenstände waren nicht viel mehr wert, als dass sie kurz- und Kleingeschlagen zu Feuerholz und Lumpen verwandt wurden.

Die Folgeerscheinungen, wie sie in Verbindung mit diesen Geschäften entstehen, sind noch vielfältiger. Wählt sich z. B. der Käufer oder richtiger gesagt der Neugierige, der das Abzahlungsgeschäft in der Abfahrt bestätigt, sich die Sachen einmal anzusehen, von falschen Versprechungen leiten, so hat man ihn auch bald zur Unterschrift eines Vertrages bewegen. Wer als Verkäufer nicht kann, ist für ein Abzahlungsgeschäft nicht zu gebrauchen. Ist einmal der Vertrag unterschrieben, so hat der Verkäufer leichte Hand. Die vorher stützlich beprochen Höhe des Kaufpreises und der zu leistenden Ab- und Abzahlung wird nun nach Gewissen des Verkäufers reguliert. Auch bezüglich der Lieferung bleibt ihm freie Hand, da die Verträge durchweg eine diesbezügliche Bestimmung zugunsten des Verkäufers enthalten.

Wir hatten Gelegenheit auf dem Korridor des Gerichtsgebäudes einen Vorleser eines Geschäftsinhabers anzuhören, über das Thema: „Wie man Abnahmehilfen auf die geeignete Art und Weise zur Durchführung bringt und die Bedenken des Richter beseitigt.“

Diese Belehrung kam von einem Herrn, welcher noch bis vor Kurzem im Nebenamt die Tätigkeit eines Predigers der apostolischen Gemeinde ausübte. Wie dienten dem Vertreter der apostolischen Lehre, nach dem uns vorliegenden Material, das Zeugnis ausstellen, dass er es versteht, sein Schädel zu scheren, so gut wie alle andern, die sogar ob seiner Tüchtigkeit in Verehrung zu ihm aussichteten.

Ein Beispiel soll das Kapitel beenden.

Zwei Hausgenossen hatten ihren Hausrat in Abzahlungsgeschäften, der eine bei Ruth, der andere bei Silberpfeinig gekauft. Beide waren mit ihren Zahlungen im Rückstand geblieben und auf Herausgabe der Sachen verklagt worden. In beiden Fällen kam es zu einem der Eingangs erwähnten Vergleiche, nach dem die Lieferanten berechtigt waren, von ihrem Eigentumsträger Gebrauch zu machen, sobald die Schuldner mit zwei Monaten im Rückstand blieben. Doch die Schuldner waren nach dem Vergleiche ihrer Verpflichtungen nachgekommen. In dem betreffenden Hause entstand nun Feuer, doch waren beide Betroffene versichert. Bei Abschätzung des Brandaufwands stellte sich heraus, dass die eine der Firmen bereits die vorläufige Beschlagnahme der Versicherungssumme vorgenommen hatte; die andere Firma hatte die Versicherungsgesellschaft brieflich vor Auszahlung der Versicherungssumme gewarnt, angeblich, da ihr ein gerichtliches Urteil gegen den Versicherten zur Seite stiehe. Die Vergleiche lauteten, wie schon erwähnt, im Abzahlungsfalle auf Herausgabe der Sachen. Nun waren aber die Sachen noch alle vorhanden und nicht verbrannt, trotzdem angelebt man ungenauest des Vergleichs nach der Fälligkeit werden die Versicherungssumme. Der Fall zeigt uns, was alles versucht wird, wenn das Publikum es nicht versteht, solche Uebergriffe abzuwehren.

Wenn wir in der vorausgegangenen Schilderung von Missständen und Usozischen nur diese und jene Namen nannten, so ist damit nicht gesagt, dass die Verhältnisse in anderen Betrieben dieser Art rosiger sind. Das Gesagte trifft auf alle Unternehmungen zu, die unter den marktreichen Reklame „Auf Abzahlung“, „Ohne Abzahlung“, „Kredit an jedem Kunden“, „Waren aller Art unter Eigentums-

vorbehalt vertrieben.

Wenn jener Minister, der ehemals den Ausspruch tat: „Gut geleitete und reell betriebene Abzahlungsgeschäfte sind ein Segen für die Nation“, heute sehen würde, wie gerade diejenigen Elemente, die seinen Ausspruch weißlich zu ihren Reklamezwecken benutzen, diesen Segen in der gemischtlosen Weise durch hunderte mit grohem Raffinement hergestellte Kanäle in den eigenen Geldbeutel lenken, ihm würden die Haare zu Berge stehen. Das Gesetz betreffend die Abzahlungsgeschäfte muss unbedingt geändert werden, wenn Freibauern und Körjaren das Handwerk gelegt werden soll.

Gedanke die heutige Form des Gesetzes hat den Abzahlungsgeschäften erst die Basis für die Existenzmöglichkeit gegeben. Bald nach Inkrafttreten des Gesetzes schlossen in den Industriegebieten die Abzahlungsgeschäfte wie Biize aus dem Boden hervor, nicht zum Segen wohl aber zum Schaden des Volkes und vornehmlich der Arbeiter.

Man muss sich fragen, wie ist es möglich, dass derartig ungesunde Geschäftsbetriebe einen solchen Aufschwung nehmen könnten, wie es heute zu verzeichnen ist? Auch dieser Frage seien einige Worte gewidmet. Wir haben bereits eingangs betont, dass wir gefundene und reelle Teilzahlungsgeschäfte für eine in den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen begründete Notwendigkeit halten. Diese Geschäfte sind auch überall in genügender Anzahl vorhanden. Wenn nun trotzdem die Arbeiter den Abzahlungsgeschäften in so hohem Maße in die Hände fallen, so liegt das zum Teil an der ungeheuerlichen Reklame, welche von diesen Geschäften ausgeht. Wir können den Arbeitern nur raten, in bezug auf diese Reklame etwas amerikanischer zu denken, sich die Geschäfte vor Augen zu halten, welche in Verbindung mit solchen Geschäften entstehen.

Sie leicht kann der Unbenachrichtete in Lügen kommen, wo er selbst beim besten Willen nicht im Stande ist, die oft so leichtfertig eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Wenn eine arme Mäherin in die Lage kommen kann, die auf Abzahlung gelaupte Nähmaschine vielleicht das einzige Mittel zu ihrem weiteren ärztlichen Fortkommen, herauszugeben, zu müssen, weil sie zur

Bahlung einiger Monate an den dazu bestimmten Terminen infolge von Krankheit oder infolge sonstiger unverschuldeten Not unfähig war, und nun das in der Hoffnung auf den Erwerb der Maschine bezahlte und umsonst ausgegeben hat, wenn ähnliche, wie von uns geschilderte Fälle zu hunderten bestehen; wenn ferner nicht gelegnet werden kann, dass die Gelegenheit vieler Abzahlungsgeschäfte, ganze Haushaltungen in einem Vertrage zu verkaufen, sich aber das Eigentum an sämtlichen verkauften Waren bis zur Zahlung der letzten Rate des Gesamtpreises zu bedingen, oft dahin führt, dass der Käufer Waren wieder herausgeben muss, die er in Wahrheit längst bezahlt hat; wenn endlich behauptet werden muss, dass einzelne Abzahlungsgeschäfte den Abzahlungspreis so hoch stellen, dass schon durch die Abzahlung der Selbstkostenpreis der Ware gedeckt ist und alle späteren Zahlungen für einen reinen Profit darstellen, so müssen solche Vorwürfe den Arbeitern endlich die Augen öffnen.

Wer ist als „Invalide“ im Sinne der Satzungen des Allgemeinen Knappelschaftsvereins Bochum zu betrachten?

Die Frage hat von Seiten der Knappelschaftsverwaltung oft eine vielseitige Auslegung erfahren. Unter der Gesetzes vertrat man so ziemlich dem Wohlwollen der Knappelschaftsverwaltung preisgegeben, da in sehr seltenen Fällen der Wettbewerb erfolgt zu verzögern hatte. Wie oft und auch heute noch trifft man Knappelschaftsmitglieder an, die regelrecht Zimmerhauerarbeiten, ja sogar Hauerarbeiten verrichten und trotzdem bei dem Allgemeinen Knappelschaftsverein als Invaliden betrachtet werden. Es sind dieses meist solche Mitglieder, die keine Pensionsberechtigung bestehen. Sind solche Knappelschaftsmitglieder einmal zum Invaliden gemacht, werden sie gewöhnlich auch solche bleiben. Warum? Wer beim Allgemeinen Knappelschaftsverein Invalid ist, muss sich von der Krankenversicherungspflicht befreien lassen; andernfalls darf er nicht in Grubenbetrieben (auch nicht über Tage) beschäftigt werden. Wird nun ein solcher Invaliden krank, dann fällt er der Arzneikasse am Last und für die Familie kommen Tage der Not und Entbehrung. Darum liegt es im Interesse eines jeden Kameraden, dass er Mitglied der Krankenkasse ist und nicht als Invaliden beim Allgemeinen Knappelschaftsverein Invalid ist. Wenn es nun selber auch schwer ist, wieder beim Allgemeinen Knappelschaftsverein reaktiviert zu werden, so ist heute durch das Inkrafttreten des neuen Gesetzes eine Erleichterung geschaffen, indem man über solche Streitfragen die Entscheidung des Schieds- und Oberschiedsgerichts aufrechterhält.

Eine wesentliche Entscheidung darüber, wer als Invaliden zu betrachten ist, sollte das Oberschiedsgericht für Knappelschaftsangehörige in seine Sitzung am 28. Juni 1900. Geschäfts-Nr. V. 2/10/00/07. Der hier in Frage kommende Kläger Valentin Antweiler aus Castrop erhielt am 17. November 1900 einen Oberschiedsentscheid. Er wurde aus bloßem Anlass invalidisiert. Am 28. Oktober 1904 wurde wegen des Unfalls die Invalidität aufgehoben, aber da er angeblich an Lungenerkrankungen litt, wegen letzterer Krankheit als Invalid ohne Pensionsansprüche weitergeführt, da er keine 250 Wochenbeiträge in der Pensionsklasse geleistet hatte. Er verrichtete die Arbeiten als Zimmerhauer; also wesentlich bergmännische Arbeiten im Sinne der Satzungen des Allgemeinen Knappelschaftsvereins. Trotzdem wurde er zum Invaliden erklärt und seine wiederholt gestellten Anträge auf Reaktivierung auf Grund eines beobachteten Gutachtens abgelehnt. Erst jetzt, nun schon wie bekannt, jahrelang die wesentlichen Arbeiten eines Zimmerhauerarbeits verrichtet, attestierte doch der Arzt, er kann die wesentlichen bergmännischen Arbeiten auf die Dauer nicht verrichten. Da er wiederholt mit seinen Reaktivierungsanträgen abgewiesen wurde, wandte er sich zuletzt an das Rechtschungsbureau zu Castrop. Auch der von diesem Bureau gestellte Antrag wurde abgelehnt; desselben die die gegen den Abreisungsbescheid eingeleitete Berufung an das Schiedsgericht. Der gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts eingelagerte Revision wurde vom Oberschiedsgericht in Berlin statgegeben und die Sache zur anderweitigen Entscheidung an das Schiedsgericht in Dortmund zurückverwiesen. Bis dem aus schriftlich vorliegenden Urteil haben wir unter anderem folgendes hörten:

In der Berufungsschrift hatte der Kläger ausgeführt, er verrichtete tatsächlich fortgesetzte Zimmerhauerarbeiten und widerlege also durch die Tat die Nichtigkeit des ärztlichen Gutachtens. Das Schiedsgericht, das die Berufung zurückgewiesen hat, führt aber aus, dass die tatsächliche Leistung der Berufssarbeit“ beweist noch nicht die Fähigkeit zu ihrer dauernden Leistung ohne Gesundheitsgefährdung. Es kommt immer auf die körperliche Gesundheit des Betreibenden an und deshalb muss das ärztliche Gutachten, dass die Fähigkeit des Klägers zur Berufssarbeit verneint werden, entscheiden. Der Kläger meint demgegenüber in seiner Berufung und formgerecht eingereichten Revisionsschrift: Er verrichtete die Zimmerhauerarbeit schon

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Nationaler Kohlenwucher.

Die schamlose Wucherpolitik der "nationalen" Syndikate und Kartelle wird wieder einmal trefflich geschildert durch die Schilderung, die der von den Altenburgern "Volkszeitung" im Auszug wiedergegebene Jahresbericht des städtischen Gaswerkes in Altenburg von dem Treiben des Kohlenwuchers gibt. Es heißt da, und das muß man zweimal lesen:

"Wie schon im vorjährigen Bericht, müssen wir auch diesmal wieder auf die unmoralische Art und Weise der Kohlensyndikate hinweisen, die trotz des geschäftlichen Niederganges eine weitere Steigerung der Kohlenpreise durchsetzen. Wir hatten wegen der Abschlüsse eine große Anzahl Verhandlungen mit den verschiedenen Syndikaten, teilweise in Gemeinschaft mit anderen Gaswerken, und bei allen Verhandlungen, gleichviel mit welchem Kohlengebiet, dieselben geführt wurden, zeigte sich dieselbe Absicht der Syndikate, noch schnell, ehe die Krise weiter hereinbrach, die Abschlüsse zu ändern und eine Knappheit auf dem Gas Kohlenmarkt vorzuspiegeln, die in Wirklichkeit gar nicht bestand. Um die Preise auf dem einheimischen Markt zu halten, wurde die Förderung teilweise bis zu 40 Prozent eingeschränkt und das Exportgeschäft unter weit schlechteren Bedingungen zum Schaden der deutschen Verbraucher bevorzugt. Wirksam unterstützt wurden die Syndikate dabei durch die Großhändler, indem diese beiden Parteien der andern die Schuld zuschoben, um möglichste Verwirrung bei den Verhandlungen hervorzurufen. Wie eine Reihe anderer Gaswerke, griffen auch wir diesmal zu dem letzten Mittel, nämlich unsern Kohlenbedarf in nicht un wesentlichem Ausmaß im Auslande zu decken. Der englische Kohlenmarkt machte sich die Preispolitik der deutschen Syndikate zunutze, um sein Absatzgebiet zu erweitern, und es wird den deutschen Forderanten schwer fallen, sich die einmal verlorenen Absatzmengen wieder zu gewinnen, so lange der englische Kohlenmarkt die deutschen Preise nicht übersteigt. So bedauerlich es ist, daß eine große Menge Geld auf diese Weise in das Ausland wandert, so haben doch einzige und allein die deutschen Kohlensyndikate Veranlassung dazu gegeben. Welche Preissunter schiebung dabei in Betracht kommen geht daraus hervor, daß wir den Waggon englische Kohlen, frei Wagenhof hier 18 Mt. billiger kaufen als die sächsischen Kohlen, und 22 Mt. billiger als die westfälischen Kohlen. Bei unserm Bedarf von 800 Doppelwagen beträgt demnach der Preisunterschied rund 12 000 Mt. im Jahre, und wie werden wahrscheinlich dazu kommen, noch größere Mengen als bisher im Auslande zu decken. Erst durch den Druck, den die Gasanstalten durch den Bezug englischer Kohlen auf die Syndikate ausübten, haben diese in letzter Zeit die Kohlenpreise um etwas, aber längst nicht in genügendem Maße herabgesetzt. Das die Preispolitik der Syndikate in den letzten Jahren eine falsche war, haben selbst einige Bechen angegeben, und zwar statthaft, die zuerst im Preise heruntergingen und dadurch den Beweis brachten, daß die Preise zu hoch waren. Ein einen Bezug westfälischer Kohle war wegen der ganz unzulänglichen Preisforderung in diesem Jahre überhaupt nicht zu denken."

Vor spiegelung falscher Tatsachen, Schädigung der deutschen Verbraucher, Täuschung bei Verhandlungen, ungünstige Preissförderungen — — das sind Vorwürfe, die nur allzu berechtigt sind. Was wird sich aber das Syndikat daran lehnen? Profit, Miesenprofit, das ist der Zweck der Kartelle und Syndikate; was schert sie da der deutsche Verbraucher?

Wir haben schon an vielen Beispielen gezeigt, in welcher Weise die Syndikate ihre Geschäfte zum Schaden der einheimischen Verbraucher abwickeln. Es ist und darum unverständlich, wie eine Bergarbeiterorganisation, wie der Gewerkschaft Bergarbeiter, das hohe Lied der Syndikate singt. (Siehe Jahresbericht des christlichen Gewerkschaftsvereins.) Wir halten Syndikate selbstverständlich für einen Teil der Phäse unserer wirtschaftlich-industriellen Entwicklung, sie aber über den Scheitern zu heben, dazu liegt nach den Erscheinungen der letzten Jahre gewiß kein Anlaß vor.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Der holländische Episkopat und die Gewerkschaftsfrage.

Die christlichen Gewerkschaften und die katholischen Fachabteilungen schließen sich in den letzten Monaten in Deutschland nähergetreten zu sein. Und zwar vor dieses Nähe treten als eine Folge der geheim vor sich gegangenen Aussprachen nach dem Bützener christlichen internationalen Kongress zu betrachten. Ein eine völlige Ausgleichung der Gegenseite zwischen den beiden Richtungen war ja von vornherein nicht zu denken. Jümmelin sollte der gegenseitige Kampf nicht mehr in den alten verbitterten Formen geführt werden. Aber nicht einmal dieses Gelöbnis ist gehalten worden. Im Sacreverrat sind eine Anzahl christlicher Gewerkschaftsführer nach anderen Richtungen verschoben, neue Leute sind an ihre Stelle getreten. Der erwartete Frieden ist nicht gekommen. Mit Spott und Spott überfluteten christliche Gewerkschaftsführer in Wort und Schrift die Gesellschaft und deren "akademischen Adjutanten", sowie diese zu den katholischen Fachabteilungen halten oder getreu dem Programm der Fachabteilung nach handeln. Man beschimpft sich nicht nur gegenseitig, nein, man treibt sich auch einander die Säle ab. So in Sachsen an, wo die Fachabteilungen stark dominieren. Schlimmer noch geht es z. B. in Oberfranken zu, wo der Streit der Bauhütte und der einen verbitterten Kampf zwischen den christlichen Gewerkschaften und den Fachabteilungen hervorgerufen hat. Die Fachabteilungen bereiten hier nach alten Rezepten wiederholten Streitbruch vor, organisieren diesen und suchen dadurch den Lohnkampf illusorisch zu machen. Das führt dann, wie die Dinge heute nun einmal liegen, zu fortgeleiteten Streitereien. Schief verfolgt man — aber im christlichen Gewerkschaftslager die Entwicklung der Fachabteilungen, die in Deutschland vorgeben, 1100 Vereine mit 180 000 Mitgliedern zu besitzen. Um diese 180 000 Mitglieder fühlen sich die christlichen Gewerkschaften gebracht. Sie erkennen in den Fachabteilungen mit den Hemmungen für ihren Fortschritt, der ja in den letzten 15 Jahren spärlich genug aussicht. Auf der andern Seite bieten den christlichen Gewerkschaften der Eintrett evangelisch denkender Arbeiter nicht den genügenden Erfolg für das Aufstellen katholischer Arbeiter. Dieser Zustand verbürtet. Und das umso mehr, wenn immer wieder Kundgebungen zugunsten der Fachabteilung aus dem Lager des niederen und höheren Clerus erfolgen. Diese Kundgebungen lämmen die Agitation der christlichen Gewerkschaften, gleichviel ob die Kundgebungen im Juober aus dem Auslande herkommen. Große Erbitterung dürfte in den christlichen Gewerkschaftskreisen auch nachstehende Kundgebung hervorrufen, die diesmal seitens der holländischen Bischöfe kommt. Sie hat folgenden Wortlaut:

"An die geistlichen Beiräte (Advisouren) der katholischen Vereinigungen. 1. Es ist und bleibt der ernstliche und ausdrückliche Wunsch der Bischöfe, daß die ihnen unterstellten Katholiken sich vereinigen und vereinigt bleiben in katholischen Organisationen. Diese müssen (das ist selbstverständlich) nicht nur Vereinigungen von Katholiken, sondern in der Tat katholische Vereinigungen sein, in denen die katholischen Prinzipien zu ihrem vollen Rechte kommen. Was auch immer das nächste dieser Vereinigungen sein möge, das vornehmste und höchste Ziel, sowohl der Vereinigung als des einzelnen Menschen, ist die Religion, der Dienst Gottes.

2. Den so eingerichteten Vereinigungen gestehen die Bischöfe zu, sich, soweit dies notwendig oder wünschenswert ist, aneinanderzuschließen in Bünden (Verbänden), die ihre Tätigkeit über das ganze Land erstrecken. Die allgemeinen Statuten dieser Fachverbände sollen der Zustimmung nur des Bischofs bedürfen, in dessen Diözese der Fachverband seinen Sitz hat, während auch der allgemeine geistliche Beirat (Advisouren) von diesem Bischof ernannt werden soll.

3. Die Aufgabe dieses allgemeinen Beirats (Advisouren) ebenso wie aller örtlichen geistlichen Beiräte, kann nicht darin bestehen, technische Anweisungen in Berufangelegenheiten zu geben, noch irgendwelche Verantwortlichkeit für die finanzielle Verwaltung zu übernehmen; sie ist durch seinen priesterlichen Charakter von selbst angewiesen; er hat nämlich darüber zu wachen, daß keine Beschlüsse gefaßt werden, die mit der Religion und der Moral in Widerspruch stehen, für die religiösen und sittlichen Interessen der Vereinigungen und ihrer Mitglieder zu sorgen und das Frieden sowohl zwischen den Mitgliedern untereinander als auch mit anderen Vereinigungen und Ständen zu fördern.

4. Bei dem Episkopat besteht kein Bedenken dagegen, daß die katholischen Fachverbände ein Zentralbüro gründen, wie es im vorigen Jahre vorgeschlagen ist, und es werden demnach die damals

entworfenen Statuten dieses Büros, wie sie den Bischöfen vorgelegt worden sind, gutgeheissen.

+ P. Van de Watering — + W. Lenten — + W. Van De Ven — + J. G. Dreymanns — + A. J. Gallier."

Die Kundgebung baut sich auf auf die Beschlüsse des niederländischen katholischen Berufsvereinigungskongresses vom 1. und 2. August 1908. Das Organ der deutschen katholischen Fachabteilungen "Der Arbeiter", jubelt ob dieser Kundgebung auf und meint:

"Die kleinen Opfer an Selbständigkeit, welche das höhere Gemeinwohl erreich, müssen natürlich im Erkenntnis der wahren Bedürfnisse des Arbeiterstandes in hochherzigem Entschluß und ohne Bedenken gebracht werden. Unsere katholischen Brüder in der Arbeiterwelt Hollands aber zeigen verstört sein, daß ihnen die Sympathien der 180 000 katholischen Arbeitserden des Verbandes der katholischen Arbeitervereine Sich Berlin ungeteilt gehören."

Die christlichen Gewerkschaftsorgane werden ob dieser Kundgebung nicht schweigen können.

Internationale Rundschau.

Die gewerkschaftliche Internationale.

Das internationale Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen hat jüngst den Bericht über die Gewerkschaftsbewegung der ihr angeschlossenen Länder veröffentlicht. Der Fortschritt der Arbeiterbewegung ist auch auf diesem Wege allgemein. Den Siegeslauf der Arbeiterorganisationen kann niemand mehr aufhalten. Für 1907 meldet der internationale Sekretär eine Mitgliedszahl von 8 020 980 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Arbeitseringen, die in 19 verschiedenen Ländern der Erde kämpfen. Überall, wo sich die ersten Schritte kapitalistischer Morgenritte zeigen, werden auch die Arbeiter lebendig. In der europäischen Türkei machen sich die ersten Anzeichen einer gewerkschaftlichen Bewegung bemerkbar, man möchte sich von dort nach Deutschland um gewerkschaftliche Statuten! In Afrika leidet die Arbeiterbewegung noch immer unter der furchtbaren Verfolgung. Mit Ausnahme von Ungarn, wo die Landarbeiterbewegung in erster Linie durch riesige Abwanderung stark nachgelassen hat, ist für alle Länder eine Zunahme von Mitgliedern zu verzeichnen.

In Nachfolgendem bringen wir eine Zusammenstellung der organisierten Arbeiter und Arbeitseringen für 1908, 1906 und 1907. Die drei ersten Rubriken enthalten die Zahlen der überhaupt organisierten. Die vierte Rubrik enthält die Mitglieder der gewerkschaftlichen Landeszentralen, die der Internationale angeschlossen sind.

	1908	1906	1907	1907
Deutschland . . .	1 270 831	2 215 165	2 446 480	1 865 500
England . . .	1 922 780	2 108 283	2 108 288+	680 674
Österreich . . .	177 502	448 279	501 094	408 071
Italien . . .	—	273 754	387 384	190 422
Schweden . . .	80 000	200 024	289 000	188 284
Belgien . . .	—	158 116	181 015	188 768
Ungarn . . .	41 188	158 382	142 080	142 080
Schweiz . . .	—	185 877	185 877+	71 404
Niederlande . . .	—	128 845	128 845+	82 270
Dänemark . . .	86 826	80 482	100 014	90 806
Norwegen . . .	15 000	25 390	48 215	80 070
Spanien . . .	—	82 405	82 612	82 612
Finnland . . .	—	82 000	82 000+	26 107
Bulgarien . . .	—	5 000	10 000	1 500
Serbien . . .	3 500	5 850	5 484	5 484
Kroatien . . .	—	—	8 700	—
Frankreich (1904) . . .	—	—	715 570	—
Nordamerika . . .	—	1 580 885	—	—
Austral. u. Neuseeland . . .	—	218 180	—	—
Insgesamt: 8 020 980 3 976 652				

Frankreich, Nordamerika und Australien liefern keinen Bericht, resp. sind der Internationale nicht angeschlossen. Die mit einem Kreuz bezeichneten Bifßen sind die aus 1906 übernommenen, die neue noch nicht vorliegen. Die Zusammenstellung zeigt, daß Deutschlands gewerkschaftliche Arbeiterbewegung an der Spitze aller Länder marschiert, sowohl überhaupt, als auch in der Zahl der Gewerkschafter, die ihrer Landeszentrale angeschlossen sind. Der internationale Bericht bringt auch noch Zusammenstellungen über die Zahlen der überwaupt organisatorischen Arbeiter aller in Frage kommenden Länder. Leider ist es aber noch nicht gelungen, die Statistik zu einer vollständigen zu machen, deshalb scheint wir von einer Wiedergabe dieser Bifßen ab.

Für 13 Länder sind für 4 845 304 gewerkschaftliche Organisierte Angaben über Einnahmen und Ausgaben gemacht. Es ist für England, Niederlande, Belgien, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Deutschland, Österreich, Ungarn, Serbien, Bulgarien und Schweiz. Die Jahreseinnahme betrug für die sämtlichen Gewerkschaften dieser Länder 124 459 826 Mt., die Ausgabe 102 774 853 Mt. Der Kassenbestand ist mit 184 188 800 Mt. angegeben (hier fehlt die Schweiz). Für Neuseeland unterstellt 3 283 886 Mt. ausgegeben (hier fehlt Dänemark). Für Arbeitslosenunterstützung kamen 17 100 485 Mt. in Betracht, für Krankenunterstützung 18 801 054 Mt., dazu kommen noch Invaliden-, Sterbe- und sonstige Unterstützung, es macht insgesamt 48 081 658 Mt. Für Streiks müssten 19 601 413 Mt. ausgegeben werden!

Eine recht interessante Übersicht bringt der internationale Bericht, indem er eine Zusammenstellung veröffentlicht, die darstellt, wie hoch der durchschnittliche Jahresbeitrag in den einzelnen Ländern ist. Die Beitragssumme ist als Jahresbeitrag in Frank angegeben. Die Angaben liegen aus neun Ländern für 2 867 714 Mitglieder vor. Danach zählen in Dänemark 19,8 Proz. aller Mitglieder einen Durchschnittsbeitrag von 18 bis 20 Fr. in Schweden 28,4 Proz. aller Mitglieder 10 bis 15; Norwegen 47,9 Proz. 21 bis 25; Deutschland 29,2 Proz. 26 bis 30; Österreich 38,0 Proz. 10 bis 15; Ungarn 41,0 Proz. 21 bis 25; Serbien 1,1 Proz. 16 bis 20; Bulgarien 56,0 Proz. unter 10; und in der Schweiz 30,1 Proz. 26 bis 30.

Schon diese erstmaligen Zahlen zeigen, wie verschieden die finanziellen Verhältnisse und damit selbstverständlich auch die wirtschaftlichen Kräfte der Gewerkschaften in den einzelnen Ländern sind. Auf jeden Fall ist es erstaunlich, daß das internationale Sekretariat von weiterem Wachstum der gewerkschaftlichen Internationale berichten kann.

Lohnkampf in Schottland.

Hamilton, 12. Juli.

Am 7. Juli hat die Sitzung zwischen den Vertretern der Coalmasters und der Deputation der British Miners-Federation und der Scottish Federation stattgefunden. Über vier Stunden dauerten die Verhandlungen. Sie waren jedoch ohne Erfolg. Am 8. Juli fanden sämtliche Masters zusammen und haben beschlossen, die Reduktion der Löhne durchzuführen. Am 9. Juli war bereits auf jedem Werk angeschlagen, daß vom 26. Juli ab 12½ Prozent abgezogen wird. Das Executive-Komitee hatte eine Konferenz der Scottish Federation einberufen auf den 12. Juli. Es wurde der Beschuß gefasst, daß sämtliche Miners in Schottland am 26. Juli in den Ausstand treten und daß sie sich die Reduktion nicht gefallen lassen sollen. Die Führer von Fife und Clackmannan haben bereits die 14-tägige Kündigung für ihre Mitglieder eingereicht, alle anderen haben keine Kündigungsszeit. Auf mehreren großen Stahl- und Eisenwerken haben die Besitzer bereits ihren Arbeiter durch Anschlag gekündigt. Im Laufe dieser Woche wird die Urabstimmung in Schottland stattfinden.

Am 15. Juli tagt die British Conference zu London, dort wird beschlossen, wann die Urabstimmung in England und Wales stattfinden soll. Diese muß vor dem 1. August vor sich gehen, weil in Wales nur am 1. des Monats gekündigt werden kann. In England wird die Kündigung Mitte August eingereicht, sodass das ganze Bergarbeiterheer mit dem 1. September auf dem Kampfplatz erscheint. Leider muss ein Flügel dieser großen Armee schon sechs Wochen vorher ins Feld rücken.

Gewiss ist der Plan organisiert, was weiter entschieht, wer kann es wissen. Schon jetzt hat die Bewegung das ganze Wirtschaftsleben niedergeholt, aber es wird noch anders kommen. Vielleicht lernen diese Geldmensch etwas, vielleicht auch nicht. Über die ganze Welt wird die Stärke der organisierten englischen Arbeiter erfahren. Der Kampf wird auch eine Lehre sein für so viele unorganisierte Bergarbeiter und das ist auch schon etwas wert. Darum Glück auf zum fröhlichen Kampfe!

August Siegel.

London, den 16. Juli 1909.

Heute beschloß die Konferenz der Bergarbeiter-Föderation, den schottischen Kameraden, die nicht gewillt sind, zu den herabgezogenen Löhnen zu arbeiten, auf Güte zu kommen. Der Paragraph 20 des Statuts soll zur Anwendung

gelangen. Bis zum 27. Juli werden die Kameraden in allen Gebieten darüber entscheiden, ob am 1. September der Generalstreik der Bergarbeiter ganz Großbritannien proklamiert werden soll oder nicht. Nach der Sitzung im Lande zu urteilen, kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß die Antwort auf die Frage der Anwendung des Beschlusses bestimmt ist. Die Bergarbeiter in vielen Bezirken zu Aussichten gekommen, die bis zu 15 000 Arbeiter betreffen und die noch immer nicht gänzlich beigelegt worden sind. In Staffordshire, dem Gebiete des Präsidenten der britischen Föderation, kam es zu erregten Auseinandis. Die jugendlichen Arbeiter, die Schlepper usw., denen man die sogenannte Früchtzeitpause wegnahm, gingen in den Streit, zogen von einer Seite zur anderen und holten die Belegschaft heraus. Es kam zu erregten Auseinandis mit der Polizei, und ein paar Schlepper wurden arrested.

Daraus zog eine tausendköpfige Menge vor das Polizeigebäude und forderte die Freilassung der Verhafteten. Die Polizei kam der Aufruhr nach; sie benahm sich überhaupt, man muß das zu ihrer Ehre ausführen, den aufgezogenen jungen Menschen gegenüber recht besonnen. Unglücklicherweise lag der Kamerad Edwards gerade darunter. Mit großer Mühe gelang es ihm aber noch schließlich, sich auf den Beinen zu halten und den Kopf hoch zu halten. Die Schwierigkeiten wurden darauf bald in aufzuhaltende Weise beigelegt, und der Flügelprache des britischen Föderations beim Magistrat ist denn auch zu danken, daß die eingesperrten Staatsverbrecher mit einem blauen Auge davongekommen. Aufruhr, wie die verzeichneten, sind in manchen Gegenden, wenn auch nicht in so heftiger Form, vorgekommen. Sie erklären die Sitzung der Delegierten

Der Vorstand beschließt einstimmig über den Punkt unter welchen Voraussetzungen müssen Mitglieder, welche die Bergarbeit unterbrochen haben, bei der Wiederauflegung ein neues Gesundheitsattest nach Vorschrift des § 8 Abs. 2 und 3 beibringen zu verhandeln und beschließt z. S. folgendes:

1. Als neu-eintretende Personen sind zu betrachten solche Mitglieder, die im Laufe der Woche, für die die Beiträge bereits gezahlt haben, abtreten und nicht spätestens am Schluss der nächsten Beitragswoche die Bergarbeit wieder aufnehmen, sobald in der Reihe der Beitragswochen eine Lücke entsteht. Bei diesen Personen bedarf es bei der Auflegung eines Gesundheitsattestes.

2. Als bestehende im Sinne der Bestimmungen des § 8 Absatz 3 der Satzung sind anzusehen:

a) die Mitglieder, die sich gemäß § 11 der Satzung weiterversichern,
b) die bestehenden Mitglieder, welche zwar tatsächlich aus der Beschäftigung ausgeschlossen sind, aber noch in einem Arbeitsvertragsschluss stehen.

Die Beibringung eines Gesundheitsattestes für diese Personen ist also nicht erforderlich, sofern sie nicht länger als vier Kalenderwochen gesetzelt haben.

3. Die Kappschafsmitglieder, die zur Abstellung ihrer aktiven Militärdienstzeit eingesetzt werden, brauchen bei ihrer Rückkehr ein Gesundheitsattest nicht herabzulassen. Militärische Lebeweisen sind den aktiven Militärdiensten gleichzusehen. Die Aufkunft braucht nicht auf derselben Rechte zu erfolgen, auf der das Mitglied vor seiner Einberufung beschäftigt war. Die Wiederaufnahme muss aber entsprechend den Bestimmungen über das Gesundheitsattest — § 8 Absatz 2 Biffer 2 — innerhalb einer Woche nach der Entlassung vom Militär erfolgen.

Ist die Entlassung vorzeitig erfolgt, so dürfen sie nur gegen Belohnung eines neuen Gesundheitsattestes angelegt werden.

4. Die Bestimmungen zu Biffer 1; 2 und 3 finden sinngemäße Anwendung auch auf diejenigen Mitglieder, die durch die Unterbrechung ihres Mitgliedschaftsvertrages verloren haben. In Fällen also, in denen nach den obigen Grundzügen bei der Wiederaufnahme der Bergarbeit ein Gesundheitsattest für die Krankenkasse nicht erforderlich ist, braucht es auch nicht beigebracht zu werden für die Pfostenkasse. Es ist vielmehr in diesen Fällen als festgestellt zu erachten, dass die Voraussetzungen des § 22 Absatz 1 Nr. 2 bezüglich der Gesundheit noch vorliegen.

Damit ist weitgehend eine Besserung gegenüber der jetzigen Handhabung geschafft, was jedoch nicht davon abhalten kann, die Angelegenheit bis zur höchsten Instanz durchzufechten.

Misstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Beche Ewald Fortsetzung. Wurden bis April 1909 noch jeden Monat etwa fünf Schichten gefestet, so hat dieses jetzt aufgehört. Dafür sind aber auch die Gedinge und die Schichtlöhne mächtig nach unten geregelt worden, sodass es bei der größten Anstrengung nicht möglich ist, einen den heutigen teureren Verhältnissen entsprechenden Lohn zu verdienen. Dabei ist die Behandlung der Arbeiter von Seiten der Beamten auch nicht die beste. Sagte doch Steiger Berg zu einem Arbeiter, der ihn am 2. Juli nach dem Gedinge fragt: Wären Sie lieber dageblieben, wo Sie waren, scheren Sie sich zum Teufel. Also ist Steiger Berg selbst der Ansicht, dass auf anderen Rechten mehr verdient wird als hier. Wie würde Steiger Berg einen Arbeiter, der ihm sagen würde, scheren Sie sich zum Teufel, bestrafen? Auch Fahrsteiger Jung sagt zu einem Arbeiter, der ihn nach dem Gedinge fragt, machen Sie das Sie möglichen. Wir meinen, ein Recht nach dem Gedinge zu fragen, steht wohl noch jedem Gedinge-arbeiter zu. Die Arbeiter haben doch ein Recht, zu erfahren, wie es mit dem Gedinge steht, ob sie darauf einen guten Lohn verdienen können oder ob es nicht besser ist, diese Rechte dem Kriegerverein Erlebniswelt ganz allein zu überlassen. Jeder, der aus diesem Punkt arbeitet, kann sich ein Kindertor mitnehmen. In der Wartentube ist für zwei Mark die photographische Aufnahme dieser Beche zu haben. Wer also einen schönen Bimmerchuck haben will, kommt nach hier und beschafft sich für zwei Mark ein Bild der Beche Elend Fortsetzung. Dieses hängt er zu Hause in der Mitte seines Wohnstubes auf und seine Nachbürger von hier im Kreise darum her so wird er sich schon satt sehen können.

Beche Gottfried Wilhelm. Am 10. Juli wäre es bei der Siefahrt durch die Unachtsamkeit eines Anschlägers beinahe zu einem schweren Unfall gekommen. Ohne dass ein Signal aus der Grube gegeben war, wurde der Korb zweimal hochgezogen. Dabei geriet ein Arbeiter zwischen Korb und Schachtzimmerein und es ist geradezu ein Wunder, dass er mit dem Leben davon gekommen ist. Solche Dinge sollten doch unter keinen Umständen passieren und ein Anschläger, der solche Unachtsamkeit zeigt, sollte an andere Arbeit gestellt werden. Die Arbeiter können die Wagen auch nicht voll genug laden. Wenn auch die Kosten in den Straßen schaffelweise vom Wagen herunterfallen und dort große Lager des gefährlichen Kohlenstaubes bilden, wenn auch die Schienen derart voll liegen, dass der Wagen kaum noch vorwärts gebracht werden kann. Immer noch schreien die Beamten: Die Wagen müssen noch voller geladen werden! Unscheinend haben die in der ersten Stadtbefestigung noch nicht genug, darüber so gefährliche Kohlenstaubbildung durch Überladen der Kohlenwagen derart Vorschub geleistet wird. Wann wird die Bergbehörde gegen diesen Unfug und die damit verbundene Gefahr und Schädigung der Arbeiter einschreiten?

Beche Margarethe bei Sölde. Am 4. Juli fand im Lokale des Hertl-Palast in Sölde eine Belegschaftsversammlung der Beche Margarethe statt. Das Referat hatte der Komrad Hansmann übernommen. Er geißelte das Überschichtenwesen auf geheimer Seite. Es sei wahrer Hohn, wenn auf der einen Seite die Löhne derart heruntergedrückt werden, dass mancher fleißige Arbeiter nur noch 2,50 Mk. verdient, auf der anderen Seite aber Überschichten verfahren werden müssen. Auf diese Weise soll der kümmerliche Lohn der Kumpels gesteigert werden. Die Beche aber hat im Jahre 1908 annähernd dieselben Überschüsse gemacht wie im Jahre 1907, während der Lohn der Arbeiter bis zu 20 Proz. reduziert wurde. Die Bergarbeiter hätten seit einem Jahre keinen genügenden Lohn verdient, um ihren Körper bei Kraft erhalten zu können, trotz der vielen Überlastungen. Das alles trage nur dazu bei, dass der Bergmann vollständig ruinirt würde. Das letztere der Fall sei, beweise die Statistik. Danach sei das Durchschnittsalter der Bergarbeiter bei Eintritt der Qualifikation in den letzten zehn Jahren im Ruhrgebiet um acht Jahre, von 49 auf 41, zurückgegangen. Daron trage aber nur die harte, schwere Arbeit, die lange Arbeitszeit und der völlig ungenügende Lohn schuld. Damit kritiserte Redner die verlängerte Seilschaft, die morgens 10 bis 15 Minuten früher anfängt, mittags aber 5 Minuten später, dadurch wurde den Arbeitern die Schichtzeit in völlig ungewöhnlicher Weise verlängert. Auch das verlängerte hohe Aufsehen der Förderwagen wurde scharf unter die Lupe genommen und auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die dadurch entstehen könnten. Beim Punkt schlechte Löhne misst Redner in der Hand der Statistiken nach, dass es nicht möglich sei, dass der Bergarbeiter mit dem heutigen Lohn auskommen könnte. Wenn der Bergarbeiter nicht frühzeitig folgende gerichtet werden, sondern bei leicht und Feierabend bleibt allein, müsste er mindestens im Jahre 400-500 Mk. mehr verdienen. Aber der Grubenbesitzer frage nichts danach und wenn die ganze Bergarbeiterchaft in einigen Jahren zugrunde gerichtet würde, wenn er nur seinen Goldhunger stillen könnte. Diese Herren wollten bestreiten, sie seien aber Unschuldiger, denn sie tunnierten das Volk und auch das Vaterland. Dann geriet Redner noch die monatliche Gehirrgeregelung. Es sei gewiss möglich ein Verbot gegen die Arbeitserordnung, wenn in jedem Monat, vor jeder Arbeit, ganz gleich, ob Gewerbeänderungen vorgenommen seien oder nicht, das Gedinge von neuem festgesetzt würde. Dieses Geschehe aber nur aus dem Grunde, damit der Arbeiter immer bei einem Feierabend stehen bleibe. Zum Schluss appellierte Komrad Hansmann an die Unorganisierten, sich dem Verbände anzuschließen. Eine Resolution, die befagt, dass keine Überlastungen mehr verfahren werden sollen, wurde einstimmig angenommen. Arbeiter, Kameraden von Margarethe, handelt so, wie ihr befohlen hat, dann seid ihr Ehrenmänner!

Beche Prosper (Schacht I, II und VI). Am 26. Juni und am 10. Juli wurde hier angeblich wegen Mangel an Abhas gefestet, trotzdem dass die halbe Belegschaft fast jeden Tag Überlastungen machen. Über uns die Kohlenhauer werden mit Überlastungen "beläuft", nicht die Bergarbeiter. Mit den Reparaturarbeiten sieht es recht übel aus, da die alte Ausrüstung brennen, weil die Reparaturhauer Bergarbeiterseitig nur um Kosten zu gewinnen, machen müssen.

Beche Pluto (Schacht Wilhelm). Wohl auf keiner Beche des Ruhrreviers haben sich die Verhältnisse für die Arbeiter in letzter Zeit so verschlechtert, wie auf Schacht Wilhelm. Es sind vor kurzem ein viertel Dutzend neue Fahrtstelzer gekommen. Die Verhältnisse aber sind seitdem noch viel schlimmer geworden. Strafzettel von nie gelaunter Größe prangen thäufig am Brett. Da werden Strafen verhängt wegen Föderer, unehrer Kohlen, Unordnung, Freiheit, Faulheit, nicht genügender Leistung, willkürlichem Feiern, betrügerischem Bergverkauf usw. Die Gedinge sind derart reduziert, dass Löhne unter 4 Mk. für Bauer gar keine Seltenheit sind. Alle Nebenerwerb soll umsonst gemacht werden. Für Bahnbruch, Buschwechseln von Obstzerrn, Aufräumen von Brüchen in Straßen oder Querschlägen gibt es einfach nichts. In den Querschlägen, wo die Arbeit durch den Maschinendienst schon sehr aufreibend für den Körper ist, sollen von jetzt ab nicht mehr zwei Männer, wie bisher, arbeiten, sondern einer allein. Gestift der Mann am Ende der Schicht ein Unfall, so kann er unter Unstatten verbüten, ehe er vernichtet wird. Vertagt sich das auch mit der Bergpolizeiverordnung? Der Platz ist in letzter Zeit der reinste Laubengang geworden. Ein Tag nach dem Vortag war im Flur des Verwaltungsbauabsatzes ein schreckliches Gedränge; ein großer Teil der Belegschaft verlangte Worfus und andere wieder zu hören, der ihnen eingehalten worden war. Über nicht nur die Arbeiter leiden unter dem strengen Regiment, sondern auch die Steiger. So mancher Steigersteiger, der heute noch sein Szepter schwingt, führt morgen schon in einem anderen Revier als Hilfssteiger an. Natürlich entsteht ihm dadurch materieller Schaden. Leider hat die große Masse der Arbeiter noch nicht begonnen, dass nur eine starke Organisation in stande wäre, diese Zustände zu beseitigen. Dem Verbände beizutreten, halten viele noch nicht für nötig.

Beche ver. Trappe. Der Fahrsteiger Goldacker führt hier ein strammes Regiment. So wurden kürzlich 25 Männer wegen zu freiem Schichtmachen mit je 1 Mark bestraft. Die Leute hatten aber nicht zu früh Schicht gemacht, vielmehr war der Fahrsteiger noch 0,20 Uhr abends im blinden Schacht, der ungefähr 300 Meter vom Hauptschacht liegt, heruntergefahren. Dabei hatte er die Leute erwischt und bestraft, trotzdem um 0,80 Uhr schon die Selfahrt beginnt, diefelbe also nicht zu früh Schicht gemacht haben. Der Herr will auch die Verbandsmitglieder ausfindig machen, um dann jedenfalls sein Recht als Verbandsältester zu suchen. Mag er sich diese Mühe lieber sparen, damit schlägt er sich vor teilige Erfahrungen. Die Löhne sind außerordentlich stark gesunken. Arbeiter, die früher einen Lohn von 2,80 Mk. erhielten, verdienen jetzt nur noch 2,50 bis 2,60 Mk. pro Schicht. Trotz der Krise hat die Beche aber im letzten Jahr einen Überschuss von 350.000 Mk. gemacht. So hat man die Folgen der Krise auf die Arbeiter abgewälzt. Der Direktor scheint damit sehr zufrieden zu sein, denn er reitet alljährlich mit seiner Tochter aus oder fährt im Doppelspanner, ja man spricht sogar von einem Auto, das demnächst hier seinen Einzug halten soll. Wir glauben dem Direktor wie jedem anderen Menschen; dass es ihm recht gut geht, aber der Herr soll bei der großen Sorge um sein Wohlergehen nicht vergessen, dass auch die Arbeiter Menschen sind und es sehr wenig human ist, die Folgen der Krise in dem Maße, wie es geschehen, auf die Arbeiter abzuwälzen.

Beche Westende (Schacht IV). Es vergeht fast keine Woche, wo hier nicht ein schwer oder tödlich Verletzter zurate gebracht wird. Die Jagd nach Kohlen wird immer schlimmer, man scheint es nicht mehr für nötig zu halten, Rücksicht auf die Arbeiter zu nehmen. Im Revier des Steigers Floss waren in einer Woche 2 Tote und mehrere Verwundete zu verzeichnen. Wie mag es da mit der Beachtung der B.-B.-B. bestellt sein? Der erste tödliche Unfall entstand dadurch, dass der Boden einer Förderschale im Aufbruch nicht zugedeckt war. Als der Kamerad von der Linden die Förderschale betrat, um den Wagen zurückzuschieben, stürzte er 50 Meter in den Schacht und konnte nur als Leiche geborgen werden. Der zweite tödliche Unfall entstand infolge mangelschaffen Verbauens. In der Unglücksstelle war es schon über 8 Tage sehr schlecht, trotzdem wurde nicht genügend verbaut. Mehrere Kameraden haben uns mitgeteilt, dass sie stets im Galopp unter dieser Stelle hergelaufen seien, weil sie befürchtet hätten, von den losen hängenden Steinen erschlagen zu werden. Über verbaut wurde nicht, erst musste ein Menschenleben vernichtet werden. Von Unglücksstagen hatten sich schon zu Anfang der Schicht Steine losgelöst. Diese wurden aber zur Seite geworfen und weiter ging es unter der gefährlichen Stelle her. Im Laufe der Schicht entgleiste an dieser Stelle jedoch ein Wagen, Kamerad Schümann wollte denselben auf die Schienen legen, wurde jedoch von den plötzlich herunterbrechenden Gesteinsmassen erschlagen. Es dauerte beinahe 3 Stunden, bis es möglich war, die Leiche des Kameraden unter dem Steinhaufen herauszuholen. Wir erwarten, dass die Schulden an den beiden bedauerlichen Unglücksfällen zur Rechenschaft gezogen werden; die Art, wie in diesen beiden Fällen mit Menschenleben ungsprungen wurde, ist unerhört.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Grube Glückhilf-Friedenshoffnung. Diese Grube könnte als Muster bezeichnet werden, vorzugsweise, dass mindestens jede Woche ein Minister, mindestens aber ein Regierungspräsident Lust hätte, diefele zu besichtigen. Sollte man schon voriges Jahr bei der Anwesenheit Minister Delbrück, die größten Aufregungen gemacht, so war es jetzt, wo der Regierungspräsident anwesend war, fast noch toller. Da auf der Grube beschäftigten Frauen müssten die Fenster putzen, sogar die Frauen in der alten Waschhalle hatten keine Putze. Nicht nur bei Tage, sondern auch bei der Nachtigkeit müssten die Frauen tüchtig putzen, jedes Stäubchen auf Wegen und Stegen wurde besichtigt. Überall wurde gesperrt, kurzum alles möglich gemacht. Selbstverständlich müssten auch wie immer bei solchen Auflässen, die Arbeiter Spalter bilden, wozu nur die stärksten und gut gebrachte Leute, welche im Beize von einer Anzahl Orden sind, genommen wurden. Wie mag doch angesichts des vielen Guten, was hier geboten wurde, dem Regierungspräsidenten das Herz im Leibe gelacht haben. Ein Wunder ist es, zu einem, dass nicht der Regierungspräsident seinen Posten mit dem eines so wohlgenährten Kumpels der Grube Glückhilf-Friedenshoffnung vertauscht hat. Wie steht es demgegenüber in Wirklichkeit? Nicht Verhältnisse, welche die Arbeiter befriedigen würden, wohl aber Potentiale Dörfer sind dem Regierungspräsidenten vorgeführt worden. Was die Löhne anbelangt, so sind diese in letzter Zeit richtig gesunken, der höchste Haushalt soll nur noch 3,80 Mk. betragen. Löhne von über 3,- Mk. für Bauer sind heute keine Seltenheit. Die Gedinge entgleisten in der Schicht entgleisten an dieser Stelle jedoch ein Wagen, Kamerad Schümann wollte denselben auf die Schienen legen, wurde jedoch von den plötzlich herunterbrechenden Gesteinsmassen erschlagen. Es dauerte beinahe 3 Stunden, bis es möglich war, die Leiche des Kameraden unter dem Steinhaufen herauszuholen. Wir erwarten, dass die Schulden an den beiden bedauerlichen Unglücksfällen zur Rechenschaft gezogen werden; die Art, wie in diesen beiden Fällen mit Menschenleben ungsprungen wurde, ist unerhört.

Sächsische Kohlen- und Coleswerke. Hatten wir uns früher fast in jeder Nummer der "Bergarbeiter-Zeitung" mit den Zuständen auf oben genanntem Werke beschäftigt müssen, so glaubten wir nach dem Ende des Direktor Köhler, dass die Misstände unter der Leitung des Inspektors Karlic nicht mehr so zahlreich auftreten würden. Leider haben wir uns da gründlich getäuscht. Wenn es noch eine Weile fortgeht wie jetzt, so kann gesagt werden, dass es nicht besser, wohl aber viel schlimmer geworden ist. Wie schlimm es geworden ist, beweist allein die Tatsache, dass jetzt nicht nur Arbeiter, sondern auch Beamte den Staub von den Füßen schütteln, weil sie es ebenfalls auch nicht mehr aushalten können. Was die Arbeiter anbelangt, so sind es besonders die Lohnverhältnisse, welche eine große Misständigung hervorgerufen haben. Gibt es schon Löhne für Bergarbeiter, von 1,20-2,20 Mk. up, so sind trotzdem die Löhne dieser Leute um 20-30 Pg. weiter gefügt worden. Unter Tage ist es natürlich nicht besser. Haushalte von 3,00 Mk. sind jetzt schon ausgezahlt worden und ist alle Aussicht vorhanden, dass sie noch weiter fallen werden. Die Lohnabrechnung mit der Sicherung seitens des Inspektors, monatlich nicht beabsichtigt sei, die Löhne zu kürzen, übereinstimmt, das zu ergründen wollen wir hoffen Karlic überlassen. Jedermann Inspektor Karlic vom ihm gemafkrosten Kameraden Lohner, welcher Inspektor Karlic von mir ist gleich, was seine Leute für eine Sicherung hätten, wie sie organisiert wären um, die Hauptstelle wäre, die Arbeit würde geleistet,

im übrigen würde nur gerecht verfahren werden." Seit dieser Unterredung sind erst ein paar Wochen ins Land gegangen, niemand hat aber schon besser diese Gerechtigkeit zu kosten bekommen, als wie gerade der Kamerad Lohner. Derselbe wurde nämlich kurze Zeit darauf von demselben Herrn, der nur nach Gerechtigkeit verfahren wollte, aus Staats verworfen. Dem Kameraden Lohner wurde auf Beschwerde beim Inspektor erwidert, dass der Steiger sowie der Obersteiger ihn (Lohner) nicht haben wollten. Karlic wusste, seine Hände in Schuldb. Wie stehen demgegenüber aber in Wirklichkeit die Dinge? Als unter Kamerad Lohner seinen Beamten meldete, dass er beim Werk den Rücken lehnen möchte, waren diese ganz erstaunt und erklärt überbestimmt, dass sie von den ganzen Wortkommunen keine Wissung hätten. Wie aus alledem zu erkennen ist, ist Herr Karlic auf dem besten Wege, in die Fußstapfen eines Höhner zu treten. Wir können ihm das Vergnügen möchten aber benieren, dass es ihm ebensoviel wie Möhner gelingen wird, unsern Verband zu vernichten. Will Herr Karlic den frieren Kampf, gut, wie stehen zur Verfügung. Angesichts solcher Wortkommunen rufen wir den Bergarbeiter der Sächsischen Kohlen- und Coleswerke zu: Organisiert euch, schlaft euch noch fester als bisher zusammen. Wie die Organisation ist imstande nicht nur die Grubenzustände zu bessern, sondern auch dem Herrenhöchsttum der Grubenherren zu begegnen.

Aus dem Kreise der Kameraden. Überbergamtsbezirk Dortmund.

Die neuen Männer am Reichsrund.

Dem Reichskanzler Bülow ist die nachgesuchte Entlassung bewilligt worden, besser gesagt: Er ist, wie er selbst zugibt, durch die konserватiv-zentralkonservative Fronte gestürzt worden. An seiner Stelle ist der bisherige Staatssekretär des Innern von Bethmann Hollweg zum Reichskanzler ernannt worden. An dessen Stelle tritt der Handelsminister Delbrück, der wieder von dem Reichssekretär v. Sydow abgelöst wird. Außerdem sind andere Männer gegangen, neue gekommen, die uns aber weniger interessieren. Die Ernennung von Bethmann Hollweg und v. Delbrück zu ihren neuen Amtmann erwecken in uns einige bemerkenswerte Erinnerungen, die wir an dieser Stelle ausspielen wollen. Und zwar wollen wir einiges ausführen in bezug auf die beiden jüngsten Ernennungen aus dem berühmten Geheimprotokoll der Versammlung der Ministerfürscher am 6. Januar 1900 im Palast hotel in Berlin. Wir lesen da:

Geheimer Bergrat Uthmann: „Die Arbeiterkontrolleure werden lediglich aus politischen Gründen eingesetzt, auf Grund des Drängens der Sozialdemokraten und der sozialistischen Wohlfahrtsfamilien. Diese Einrichtung von Arbeiterkontrolleuren ist der erste gesellschaftliche Schritt in den sozialen Staaten hinzu. Wenn wir überhaupt noch wert sein wollen, unsere Gruben zu vertreten, dann müssen wir uns dagegen wehren, dann müssen wir hier ein schroffes Nein sagen. Sagen Sie morgen ganz offen: Wir sind Herrn im Hause — brauchen Sie das Wort — und wollen in Interesse der Gruben und des preußischen Staats Herren bleiben. Schlagen Sie dem Minister vor, er möge die Kontrolleure erst einmal beim Minister versuchsweise einführen: Er möge in jeder Kompanie in geheimer Wahl einen Soldaten aus dem zweiten Jahrgang wählen lassen, der einmal im Monat herumgehen und den Hauptmann und die Herren Leutnants kontrollieren, ob alles in der Rechten wäre. Wenn sich das bewährt, wollen wir es auch einführen.“

Geheimer Bergrat Uthmann an anderer Stelle: „Ich möchte die Herren, die morgen ins Ministerium gehen, bitten, immer ganz trocken nein zu sagen, sich auf keine Erörterungen im Detail einzulassen, vor allem zu diesem wichtigen Punkt offen zu erklären: Wir sind Herr im Hause und wir lassen die Arbeiter nicht hineinreden. Drücken Sie dem Minister da den Herrn an, an Gunst in die Augen. Das ist noch meiner Überzeugung die einzige Möglichkeit, das unheilvolle Gesetz zum Scheitern zu bringen, das wir dem Monat herumgehen und den Hauptmann und die Herren Leutnants kontrollieren, ob alles in der Rechten wäre. Wenn sich das bewährt, wollen wir es auch einführen. (Heiterkeit.)“

Geheimer Bergrat Uthmann erklärt dann wieder später: „Ich stehe auf einem anderen Standpunkte. Ich meine, jetzt hätten wir augenblicklich Hand habe gegen den Handelsminister, wie wir sie besser gar nicht haben können. Denken Sie einmal nach: Wenn wir heute hier die Vertreter der gesamten preußischen Bergwerksdistrikte erklären, wir gehen nicht zu den Verhandlungen im Handelsministerium, weil uns heute abend bekannt geworden ist, dass der preußische Handelsminister offiziell einen Sozialdemokraten zu diesen Verhandlungen eingeladen hat, lehnen wir es ab, zusehen solchen Besprechungen zu gehen, dann schmeißen wir die ganze Geschichte.“

Und nochmals Herr Uthmann: „Ich möchte gegenüber dem Bergarbeiter feststellen, dass hier positiv konstatiert werden ist: Der Königlich preußische Handelsminister hat verlangt, dass ein offizieller Vertreter der Sozialdemokratie an den Verhandlungen, zu denen wir eingeladen sind, teilnehmen darf. Das ist noch eine taktische Handhabe gegen den Minister persönlich vorzuhaben. (Heiterkeit.) Ich meine nur, wir sollten es doch vermeiden, gegen den Handelsminister selbst vorzugehen, dann nach meiner Meinung ist er noch der beste, den wir seit Bismarck gehabt haben. (Burk: Und Müller?)“

Bergarbeiter Bergrat Klein: „Haben kommt noch eine Frage, die allerdings sehr diskrete Natur ist. Ist es wirklich richtig, gegen Delbrück persönlich so vorzugehen? Soweit mir bekannt, ist er ein scharfer Gegner des Staatssekretärs des Innern v. Bethmann Hollweg. Außerdem muss ich sagen, meine persönliche Verhandlung mit ihm hat mir auch den Eindruck verschafft. Ich glaube darum eigentlich nicht, dass wir so scharf gegen den Minister persönlich vorgehen sollen. Nach meiner Ansicht liegt eigentlich die Sache viel mehr bei unserer Bergbaubehörde. (Geheimer Bergrat Uthmann: Mein, das ist noch eine Hinterlassenschaft vom verstorbenen Hinze Peter, die so langsam von oben heruntergekommen ist! — Heiterkeit.) Ich meine nur, wir sollten es doch vermeiden, gegen den Handelsminister selbst vorzugehen, dann nach meiner Meinung ist er noch der beste, den wir seit

Die Volksausplünderer

treffen Vorbereitungen, um die betrogenen christlichen Arbeiter einzuseisen. In der christlichen Arbeitervelt, soweit sie sich noch einigermaßen ein selbständiges Urteil und Empfinden gewahrt hat, herrscht über den zentralistischen Volksrat bei den letzten Steuerbewilligungen beispielssweise große Eregung, die sich noch steigern wird, wenn die neuen Steuern in Kraft treten. Um nun diese Eregung zu dämpfen, ist auch um der Ausfläschungsarbeit unter der christlichen Arbeiterschaft zuvorzugehen, treten zunächst schwer Zentrum, großen mit den katholischen Arbeiterscretären und christlichen Gewerkschaftsführern in Lohn zusammen, wie folgendes Schreiben auch zeigt:

"Westdeutsche Arbeiterzeitung"

M. Gladbach.

Dr. O. Müller, Direktor.

Schätz geckter Herr Arbeiterscretär! Wie Sie vielleicht erfahren haben werden, findet auf Anregung einer Konferenz der Arbeiterscretäre der Erzbistüme Köln Montag, den 10. Juli, morgens 9 Uhr, im Kinohaus zu Köln eine Konferenz der katholischen und Arbeiterscretäre Westdeutschlands statt, zwecks Aussprache über die gegenwärtige politische Lage. Es sollen auf dieser Konferenz den Arbeiterscretären Anweisungen und Wünsche gegeben werden, wie sie die Agitation der Sozialdemokratie, die jetzt nach Eroberung der Reichsfinanzreform in B. P. fürg gegen das Zentrum voraussichtlich eintreten wird, erfolgreich abwehren. Die Tagesordnung ist folgende:

1. Überblick über die gegenwärtige, durch die B. P. erledigte Reichsfinanzreform und die Geschichte ihres Zusammensetzens. Referent: Abgeordneter Giesberts.

2. Welche Beweggründe haben das Zentrum in seiner Stellungnahme zur Reichsfinanzreform beeinflusst? Referent: Abgeordneter Giesberts.

Zach bitte Sie, mit Ihnen Herrn Bezirkspräsidenten, dem ebenfalls von der Tagung Mitteilung gemacht worden ist, Aussprache zu nehmen, ob er es Ihnen möglich machen kann, auf Kosten des Bezirksverbandes die Reise zu machen. Es empfiehlt sich die Reise um so mehr, als ja zu derselben Zeit auch der Gewerkschaftsführer selbst die Geschichte mitmachen. Aber sind die Sitzungen des Reichstages zu Ende, dann ziehen die christlichen Herrschaften die neutrale Facke aus, setzen sich mit den Zentrumsbefürwortern zusammen, und können auf Mittel, wie man den begangenen Wohlbetrieb beschönigen und verschleieren kann und wie weiteren zentralistischen Beträgerkunststückchen vorgearbeitet werden kann. Das ist dann keine Verleumdung der Neutralität! Und sie werden die Verdummung der Massen im christlichen Lager auch festig bringen. Wenn nichts hilft, dann wird man im Namen der Religion den Ausgewanderten und Vertriebenen sagen, daß es kein höheres Christentum gibt, als bei Steuerbewilligungen die Reichen zu schonen, das ist desto mehr die Taschen des armen Mannes zu leeren. Und Tausende der betrogenen, hungrigen christlichen Arbeiter werden noch Brav rufen. Wir kennen das. Das aber würde der gescheitete Magaziner heute tun, wenn er unter uns lebte und sähe, wie die Heuchler, Zöllner und Bucherer in seinem Namen das Volk betrügen und ausplündern. Gibt Antwort, Volksbetrüger! Was ihr tun werdet, wissen wir. Ihr werdet versuchen, den Heiland in Namen der M. Gladbach'schen Stelligen zum zweiten Mal ans Kreuz zu schlagen. Dafür kennen wir euch und eure Taten — Volksbetrüger!

Die Polnische Berufsvereinigung

gehört mit zu denen, die von Zeit zu Zeit unseren Verband heftig belästigen. Sie gibt sich redliche Mühe, dem Verbande vornehmlich jetzt wieder die Mitglieder und besonders die polnisch sprechenden abzutreiben. Das geschieht in unehelicher Weise, und darum sind wir endlich gezwungen, uns mit solcher Kampfsart etwas näher zu beschäftigen. Das gebietet unsere Ehre und Selbstachtung. Wenn die Herren von der Polnischen Berufsvereinigung dabei schlecht wegkommen, so haben sie das ihrer wichtigen Kampfsache zugutezuhalten.

In der Nr. 18 des Verbandsorgans der Polnischen Berufsvereinigung über die Herren Kritik an der Abrechnung unseres Verbandes für 1908 und versuchen dort uns „Schwindeler“ nachzuweisen.

Wir sollen entneben zu hohe Mitgliederzahlen angegeben oder aber eine falsche Abrechnung veröffentlicht haben. Es wird dort überblättert gesagt, nach der angegebenen Mitgliederzahl schließe ich dem Verbande 364 275,65 M. Und das ist in einer Weise gesagt, daß die Leser des polnischen Organs den Eindruck gewinnen können, als schließe wirklich die obige Summe in der Verbandskasse! Darauf ist die ganze Sache auch augenscheinlich angelegt. Ferner wird behauptet, daß der Verband 1908 nur ein Bruttowert von 888 150,00 Mark gehabt habe, alles übrige, was der Verband als Vermögen angegeben, stelle in Gebäuden, Maschinen usw. Dann werden uns noch 25 Beamte mehr angeichtet, als wir wirklich haben. Ferner wollen die Herren auf unsere Generalabfassung aus den Ausschreibungen einzelner Delegierter den Eindruck gewonnen haben, „daß den Mitgliedern bei den Sozialdemokraten die Augen aufzugehen beginnen, sodß sie das gegenwärtige mittelalterliche System beseitigen und ein freiheitliches Leben einführen wollen.“ In diesem Tone geht es durch den ganzen Artikel hindurch, und am Schlusse wird behauptet, daß es am redesten in der Polnischen Berufsvereinigung jugehe. Diese Zahl bei niedrigeren Beiträgen höhere Unterstützungen als die deutschen Verbände. Es wird erwartet, „daß den Polen endlich mal die Augen aufgehen und daß sie sich überzeugen, daß für sie nur Platz ist in der Polnischen Berufsvereinigung.“ Und so geht es weiter. Auf alle Verdrehungen und unwahren Behauptungen in dem Artikel einzugehen, ist nicht möglich. Wir werden nur die größten Verdächtigungen, welche gegen uns ausgebracht sind, richtig stellen und werden uns dann gehalten, die Verhältnisse der beiden Organisationen, unseres Verbandes und der Polnischen Berufsvereinigung, nebeneinander zu stellen und dann den Lesern selbst überlassen, zu urteilen, wo korrekt gewirtschaftet wird und welche Organisation für die Bergarbeiter, auch polnischen Bergarbeiter, in Frage kommt.

Auso zunächst wird uns vorgeworfen, wir hätten für die angegebene Mitgliederzahl nicht genügend Beiträge vereinommen. Eintrittsstimmrechte Mitgliederzahl nicht oder uns fehle Geld in der Kasse. Die Herren müssen ganz genau, daß keine Organisation in der Lage ist, für alle der selben angehörenden Mitglieder den vollen Beitrag nachzuweisen, weil alle Organisationen mit Restanten rechnen müssen. Ob die Polnische Berufsvereinigung keine Restanten hat, wollen wir auch gleich untersuchen. Wir stellen die Mitgliederzahlen und Kassenverhältnisse von den letzten drei Jahren für beide Organisationen nebeneinander.

Verband Poln. Berufs. Vereinigt. Verband Poln. Berufs. Vereinigt. angegeb. Mitgliederzahl Vereinnahmte Beiträge Mf. Mf.

Jahr	1906:	110 247	40 926	1 587 836,46	193 121,61
1907:	111 476	48 026	1 690 406,10	221 531,80	
1908:	112 513	51 000	1 792 068,75	284 829,35	

Es sind vorstehend bei beiden Organisationen nur die reinen Mitgliederbeiträge in Ansatz gebracht, alle anderen Einnahmen, wie Beiträge für Abonnements, Eintrittsgelder usw. sind außer Betracht gelassen. Nachstehend werden wir nun nebeneinander stellen, was in beiden Organisationen jedes Mitglied an Beiträgen leistete und zwar nach den angegebenen Mitgliederzahlen.

Der durchschnittliche Jahresbeitrag jedes Mitgliedes betrug

Jahr	Verband Poln. Berufsvereinigung	1906: 14,40 Mf.	4,63 Mf.
1907: 15,25 "	4,60		
1908: 15,00 "	5,58 "		

Bei unseren Jahresdurchschnittsbeiträgen ist zu beachten, daß die Individuen, welche nur 10 Pf. Wochenbeitrag leisteten, als vollzählende Mitglieder gerechnet worden sind. Die Durchschnitts-Beitragsleistung der aktiven Mitglieder ist also noch höher, wie wir angegeben. Rechnet man dann noch 20 Prozent Restanten hinzu, dann stimmen unsere Angaben betr. Mitgliederzahl. Aber die Angaben über die Mitgliederzahl bei gleicher gerechter Berechnungsart stimmt nicht bei der Polnischen Berufsvereinigung. Diese erhebt einen Durchschnittsbeitrag durchschnittlich 30 Pf. und außerdem pro Quartal einen Agitationsbeitrag von 10 Pf. g. Im Jahre 1908 will die P. B.

51 000 Mitglieder gehabt haben, bei 80 Pf. Wochenbeitrag mußte jedes Mitglied 10 Pf. pro Jahr leisten. Ohne Beitragsleistung mußte die 8. Agitationsteilnahme 10 Pf. pro Jahr betragen, wobei die Einnahmen betrugen 15,00 Mark mal 51 000 = 755 000 Mark. Nach ihrem Jahresbericht hat die P. B. aber nur eingezogenen 284 829,35 Mark. Wollten wir im Jargon der Herren von der P. B. reden, so könnten wir sagen: „Also schélen die P. B. 10 770,35 Mark. Wenn wir die vereinnehmten Beiträge auf die angegebene Mitgliederzahl verrednen wollen, dann hätte die P. B. 1908 nur 12 504, im Jahre 1907 15 991 und 1908 18 200 Mitglieder. Wie wollen gewiß nicht behaupten, daß das Verhältnis unserer Einnahmen zu Mitgliederzahl ein glänzendes oder auch nur ein zufriedenstellendes ist, wie haben noch viel zu viel Reklame, aber gegenüber der P. B. stehen wir geradezu der Hälfte und der Unredlichkeit zu verdächtigen?“

Genauso falsch sind auch die Behauptungen des polnischen Organs hinsichtlich des Vertrags und unseres Verbandes. Mit der Behauptung, der Gewerkschaftsbestand des Verbandes habe Ende 1908 nur 888 150 Mark befreien, beweisen die Leute, daß sie entweder zu dum und sind, um eine Abrechnung zu verstecken, oder aber sie versuchen, daß es tatsächlich ein falsches Bild der Verhältnisse zu geben. Das erste wäre zu entschuldigen, das letztere aber nicht. Nach der ganzen Fassung des Artikels scheint aber das letztere vorzuliegen. Wie steht es denn mit den Behauptungen der Polen? Wer auch nur etwas prüft, wird finden, daß die 888 150 Mark, welche dort unter Banken, Sparkassen und Darlehen aufgeschlüsselt sind, im Jahre 1908 von den Einnahmen bei Banken und Sparkassen hinterlegt sind und daß der Gewerkschaftsbestand des Verbandes 2 816 944,04 Mark am Schlusse des Geschäftsjahrs betrug. Diese Summe steht bei eventuellen Streits zur Verfügung. Heute ist die Summe allerdings schon viel größer, sie beträgt drei Millionen Mark. Also auch hier müssen wir konstatieren, daß die P. B. die Bergarbeiter in unehrlicher Weise gegen den Verband auszuhelfen versucht.

Aber es wird auch behauptet, die P. B. leiste an Unterstützungen mehr als der Verband und zwar bei niedrigeren Beiträgen. Am direktesten Unterstützungen (nicht Reichsdruck) zahlte in den Jahren 1906—1908 der Bergarbeiterverband an seine Mitglieder 2 122 239,92 Mark, die Polnische Berufsvereinigung 232 617,08 Mark. Jedes Kind sieht, daß der Bergarbeiterverband an jedem Mitglieder 8—10 mal soviel Unterstützungen auszahlt, als die Polnische Berufsvereinigung.

Trotzdem liegt nun den polnischen Kameraden vor, daß die Berufsvereinigung nicht leiste als der Bergarbeiterverband!!

Die hämmerlichen Differenzverhältnisse in der polnischen Berufsvereinigung sind uns ja lange bekannt, aber wir haben uns des lieben Friedens willen geschwiegen. Wer aber so frech, wie das Organ der Polnischen Berufsvereinigung die polnischen Bergarbeiter angelt, bestrebt ist, dem gegenüber müsten wir anpassen. Wenn die Herrschaften so weiter fortsetzen, dann werden wir sie gänzlich schamlos behandeln. Wenn die polnische Fraktion im Parlament mit den Konservativen und Zentrum schon durch Annahme der neuen Steuern das arbeitende Volk aufzuladen, so lag doch für die Polnische Berufsvereinigung kein Anlaß vor, erneut den Streit in die Verbände, die in den letzten Monaten oft zusammen gingen, hineinzutragen. Oder war das ein Befehl von den polnischen politischen Leitung, so zu handeln, um die eigene Schande zu verdecken?

Knappelschaftswahlen im Ruhrbezirk.

In der Vorstandssitzung des Bochumer Knappelschaftsvereins wurden die von den Knappelschaftsräten a) Bühlke und Umsel in Lüttgenort und b) Böbne in Brambauer, c) Tillmann in Netze gestellten Anträge auf Teilung ihrer Sprengel und Bildung je eines neuen Sprengels genehmigt. Als Termin für die Wahlen ist der 28. August festgesetzt. Wir ersuchen unsere Kameraden in den betreffenden Sprengeln, die Vorbereitungen für die Wahlen sofort in die Hand zu nehmen, damit die Sprengel für den Verband gewonnen werden.

Mineraliensammlung des Bergarbeiterverbandes.

Wer nun unsere Kameraden von nun ab das Verwaltungsgebäude des Bergarbeiterverbandes aufsucht, für den bietet sich die Gelegenheit, eine reichhaltige Sammlung von Pflanzen und Tierabdrücken aus den Bergwerken und der Bergwelt, Besteckereien von Tieren, Edelsteine, Kristalle, Erze usw. anzusehen. Die prächtige Sammlung umfaßt circa 1000 Nummern und ist fast ausschließlich von unseren Verbandsmitgliedern dem Verband zugestellt bzw. geschenkt worden. Auch aus dem Ausland sind uns rechtlich Stücke zugegangen. Es ist selbstverständlich, daß unsere Kameraden auch weiterhin Sorge tragen, die Sammlung vermehren zu helfen. Hierbei muß auf Selteneit der Stücke, wie auf Schönheit und Originalität geachtet werden. Der Finder gibt seinen Namen, sowie die Fundstelle und sollte er die Stücke benennen kann auch deren Namen an. Sendungen nimmt in Empfang Paul Horn, Kassierer, Bochum, Wiemelhauserstraße 42. Adresse Bergarbeiterverband.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Nachen. In Nr. 28 bringt der "Bergknoppe" eine Notiz, in der behauptet wird, daß der Verbandsmitglied G. habe erklärt: "Ein Nebenritt aus dem Gewerbeverein ist mit Sicherheit, wie die Knappelschaft von zehn Knappelschaften." Angenommen, Kamerad G. hätte dies wirklich gesagt, so hätte der "Bergknoppe" die allerwenigste Kenntnis, daran eine Statistik zu übernehmen. Denn wie die Agitatoren des Zentrums gewerkschafts im Aachener Regier sich den Verbandsmitgliedern gegenüberstellen, um die Kameraden für den Gewerbeverein gegenübersetzen, dafür wollen wir nur kurz an die Belehrungskommission des Zentrums gewerkschafts erinnern, und daß sie mindestens 1 Jahr Mitglied und Gewerkschaftsmitglied sein müssen, um diese zu Zeit in Nachen ein Verbandsmitglied auf der Sandkaulstraße eines Sonntagsmorgens besuchten, dort Schnaps holen ließen. Als das Verbandsmitglied, welches von der Arbeit überwacht war, einschlief, suchten die christlichen Agitatoren die Frau zu überreden und erklärten deshalb, sie möge doch dafür sorgen, daß ihr Mann in den christlichen Gewerbeverein eintrete, sonst müßte sie später in aller Ewigkeit zusehen, wie ihr Mann zur Hölle verdammt sei. Die christlichen Bekämpfungspolitiken gingen schließlich so weit, daß die Frau ihnen die Türe wies und erklärte, wenn der Zweck ihrer Mission sei, Frauen zu verführen, so seien sie doch eine eigene Art von "Christen", unter einer solchen Gesellschaft wünsche sie ihren Mann nicht. Also, "Bergknoppe", schreibe vor deiner Türe, dort liegt Dreck genug. Wir sind sonst gegenseitig, weitere Zentrums gewerkschaftsblätter der Öffentlichkeit zu übergeben.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Waldenburg. Die Wohltaten des neuen Knappelschaftsstatuts machen sich auf recht sonderbare Art und Weise für die Bergarbeiter bemerkbar. Vor allen Dingen wird, trotzdem eine kolossale Erhöhung der Beiträge eingetreten ist, an allen Ebenen und Enden gespart. Konnte früher ein Bergarbeiter, welcher sich invalidisieren lassen wollte, erst 26 Wochen krankfeiern, so ist dieses beim jetzigen Statut so gut wie ausgeschlossen. Heute heißt es, so lange arbeiten, bis der Arbeiter dabei umfällt, um ihn dann sofort zum Invaliden zu machen. Krank soll der Arbeiter überhaupt nicht sein, entweder er schafft, oder wenn er absolut nicht mehr kann, wird er auf den Alstenteil gesetzt d. h. zum Invaliden gemacht. Jedermann zu dem Zweck, das viele Krankheiten zu befehligen, ist in dem Statut ein Passus aufgenommen, wonach der behandelnde Arzt die Berechtigung hat, jedem Kameraden den Lazaret zu überweisen. Offenbar genügt auch dieses noch nicht, manwendet noch andere Mittel an, was folgenden Fall beweist. Ein sechzigjähriger Bergarbeiter, welcher beständig gesagt, auf ein und demselben Werk 30 Jahre angehört, kann zum Dr. Gößlich in Weißstein, um sich wegen Rheumatismus, den er sich bei nasser, kalter Arbeit zugezogen hatte, behandeln zu lassen. Der betreffende Arzt verschreibt Medizin und die Sache schien erledigt. Als aber am nächsten Tag der betreffende Bergarbeiter den Krankenschein zum Arzt brachte, sagte dieser zu ihm: "Sie haben doch erst im Februar d. J. den Krankenschein wegen Rheumatismus, was aber die Bergarbeiterverwaltung als Simulation bezeichnet hat, geholt. Jetzt hat die Bergarbeiterverwaltung wieder gemeldet, daß es nur Simulation bei Ihnen sein kann, deswegen gebe ich Ihnen den Krankenschein zurück." Weiter sagte dieser Herr Doktor: "Wenn Sie noch oft kommen, werde ich Sie nicht mehr annehmen. Leider ist der Typhus ausgebrochen, anderfalls würde ich Sie dem Lazaret überweisen." Nach dem Ausschließen des betreffenden Arztes zu urteilen, wäre es nicht mehr nötig,

welche durch die Konsoliden dem heutigen Statut zur Annahme verhelfen, an den Bergarbeiter verständigt haben. Hoffentlich erhalten diese Konsoliden die Knappelschaftswoche den Lohn, indem Männer gewählt werden, welche auch wirklich gewählt sind, die Interessen der Bergarbeiter wissam zu vertreten.

Lohnbewegungen und Streiks.**Ein Erfolg unseres Verbandes.**

Auf dem Robertshacht bei Leutenthal wurden Anfang dieses Monats bedeutende Lohnreduzierungen vorgenommen, außerdem sollte ein Kamerad nach Überstunden verlegt werden, weil er keine Wechselseitigkeit föllierte. Darauf verzögerte er am 5. Juli die Belegschaft einmütig die Aufsicht. Es fanden darauf Verhandlungen mit dem Grubeninspektor Meyer statt und es kam zu einer Verständigung unter folgenden Bedingungen:

1. Die Lohnreduzierungen wurden zurückgenommen.

2. Die Versetzung des in Frage kommenden Kameraden soll nicht stattfinden.

3. Vor einer ganzen Anzahl von Werken, wo zu wenig verdient wurde, fand eine entsprechende Erhöhung der Gehänge statt.

Hier zeigt sich wieder, was eine gut organisierte Belegschaft zu erreichen vermag. Auf den kleinen Schächten steht die Organisation bedeutend schlechter, was zur Folge hat, daß Löhne und Gehänge fortgesetzt reduziert werden. Auf dem Robertshacht hat man auch schon zweimal versucht, Löhne und Gehänge zu reduzieren. Der Versuch ist über jedesmal an der Eingängigkeit der gut organisierten Belegschaft gescheitert. Kameraden, merkt euch das!

Brieftafel.

S., Becklinghausen. Läßt die Herrschaften doch Eingaben machen soviel sie wollen. Die Eingabe an den Kriegsmüller ist charakterisiert durch das widerliche Gewissen, das sie enthält. Die M. Gladbach'schen Kameraden schenken nichts mehr erreichen zu können, wenn sie sich nicht fortgesetzt als Sozialistenfeinde in Empfehlung bringen. Das ist eben das widerliche.

Der "christliche" Altesteine Bergsteiger-Steile bringt im letzten "Bergknappen" eine Erklärung, wonach er unsere in vorheriger Nummer

ausgelegten Angaben auf die Angelegenheit kommen wie in nächster Nummer eingehend zurück.

Verbandsnachrichten.**Ausscheidung.**

Sämtliche Kameraden, die Mitglieder des Bochumer Knappelschaftsvereins sind, welche durch Teilnahme an militärischen Übungen, Urlauben oder aus sonstigen Gründen die Bergarbeit kurze Zeit unterbrechen und gezwungen werden oder wollen sind, vor ihrer Wiederaufnahme ein ärztliches Attest auf ihre Kosten beizubringen, ersuchen wir, sich an das zuständige Arbeiterscretariat zu wenden, damit von dort aus die instanzunabhängigen Rechtsmittel gegen derartige Sanktionsauslegungen eingesetzt werden. Gegen derartige arbeiterschädigende Sanktionsauslegungen müssen sich die Knappelschaftsmitglieder zur Wehr setzen.

Bezirksleiter gesucht.

Für den Bezirk Essen soll ein weiterer Bezirksleiter angeholt werden. Der Amtsrückhalt soll möglichst bald erfolgen. Verbandsmitglieder, die auf diese Stelle reagieren, müssen mindestens fünf Jahre gewerkschaftlich organisiert sein. Verlangt wird ferner, rednerische Fähigkeit, Kenntnis der Gewerkschaftsbewegung und der Bergarbeiterbewegung im besonderen.

Promotions sind unter Beifügung eines kurzen Aussages über die Aufgaben eines Bezirksleiters und eines Lebens

Achtung! Verbandsmitglieder. Achtung!

Die Geschichte der deutschen Bergarbeiterbewegung, von Otto Quevib vorausichtlich im Frühjahr 1910 zur Ausgabe gelangen. Damit wird ein lange gehegter Wunsch erfüllt.

Das Werk wird in zwei Bänden, gut gebunden, jeder Band 400 bis 500 Seiten stark, erscheinen. Nach den vorläufigen Auflösungen wird enthalten, Band I: Darstellung des Bergbaues und der verwandten Hüttenindustrie im Altertum (Ägypten, Karthago, Griechenland, römisches Reich), das Sklaventum der damaligen Bergleute, ihre barbarische Drauselkaterung durch einen hundertstausend Großkapitalismus, ihre verzweifelten Aussichten usw. In der II. Darstellung des ersten Bandes gelangen die Bergbau- und Bergarbeiterverhältnisse im alten Germanien, sodann die bergbaulichen Zustände und sehr ausführlich die für unsere Zeit außerordentlich lehrreichen bevorrechteten Verhältnisse der deutschen Bergbauhaupt- und Hüttenarbeiter im Mittelalter zur Darstellung. Gestützt auf ein reiches Quellenmaterial, werden die Bohn- und Gehingerechte, die Schichtzonen, der Arbeitsschutz, die staatsräuberischen und kommunalen Vorrechte der Knappen, ebenso wie ihre uralten knappenschaftlichen Organisationen und ihre tapferen Kämpfe gegen Arbeiterausbeutung geschildert.

Wer die gegenwärtigen Kämpfe und Forderungen der Bergarbeiter voll versteht und begründen will, der muss die mittelalterlichen Bergbau- und Hüttenzustände kennen, denn hier liegt die Erklärung des sogenannten „freien Arbeitsvertrages“. Es wird gezeigt, wie der „freie Arbeitsvertrag“ zu verstehen ist als die Entfaltung des Großkapitalismus zwecks schrankenloser Ausdeutung der Erfüllhabe und der Arbeiter. Geschildert wird, wie Stück um Stück die alten knappenschaftlichen Kapitalismus zum Opfer fielen, wie die Schichten verlängert, die alten Vorschriften über Gedingezeile, Lohnzahlungen und Werkskontrolle abgeschafft wurden, infolgedessen die heutige zufällige getroffene körperliche Vereinselung der Bergarbeiter und die Massenverunsicherungen (Burgler-Schächte, Camphausen, Neu-Hierlohn, Blumenthal, Frankenholz, Brangelschacht, Brückenbergschacht, Obernina, Karolinengrund, Borussia, Nieden, Klein-Nossen, Radbod usw.) naturnotwendig kommen mussten.

Diesgleichen wird, und zwar sehr eingehend, die allmäßliche Entretung der Bergleute in der Verwaltung der Knappenschaftsklassen dargelegt, eines der krautigsten Kapitel in der Bergarbeitergeschichte Deutschlands. Welche Kämpfe die Kameraden seit Inkrafttreten des „freien Arbeitsvertrages“ in Oberschlesien, Niederschlesien, Königreich Sachsen, Mitteldeutschland, Hannover-Braunschweig, Rheinland-Westfalen, Süddeutschland, Saargebiet und Lothringen gegen ihre Ausbeuter führten, wie oft, von welcher Seite und mit welchen Mitteln die Organisationsversuche der Bergarbeiter hintertrieben wurden, wer die Berßplitterer und Einigkeitseindeutungen waren, das alles soll in dem Buche dokumentarisch und unverdorbar aufgedeckt werden.

Der Preis des Buches wird sich für Nichtverhändler auf 13 bis 14 M. stellen. Wir sind jedoch infolge eines Abschlusses mit der Firma J. & W. Dieb, in deren Verlag das Buch erscheint, in der Lage, dieses Geschichtswerk für nur 8 Mark an unsere Mitglieder abgeben zu können.

Um jedem Mitgliede die Anschaffung zu ermöglichen, haben wir

und im Einverständnis mit der Verlagsfirma entschlossen, Einzelzeichnungsblätter herauszugeben. Die Vertrauensleute sind im Besitz dieser Einzelzeichnungsblätter.

Wer sich sofort einzahlt, kann den Preis des Buches in 50 Pf. Raten abzahlen. Alles nähere ist beim Vertrauensmann zu erfahren.

Wir machen noch darauf aufmerksam, daß, wer sich jetzt nicht einzahlt, später nicht daran rechnen kann, das Buch zu dem billigen Vorzugspreis bekommen zu können.

In der Erwartung, daß recht viele Kameraden aus allen Revieren nunmehr das Geschichtswerk bestellen, zeichnet mit kameradschaftlichem Glück auf! Der Vorstand.

N.B. Die Einzelzeichnungsblätter sind an die Firma H. Haussmann & Co., Bochum, einzusenden.

Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage.

Bredenbeck. Jeden Sonntag nach dem 23. des Monats. (Zeit und Ortangabe fehlt). Unterweserbank. Jeden letzten Sonnabend im Monat, nachmittags 4 Uhr, im Rathaus.

Manteuffel. Jeden Sonntag nach dem Rathstag, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Vogt in Waalchen; Fahrt der Beiträge.

Jeden Sonntag nach dem 20. des Monats:

Goslar. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Adam.

Homburg a. M. Vormittags 9 Uhr. Wo? sagt der Vortrag.

Kielshausen. Nachmittags 3 Uhr, im Rathaus zu Kielshausen.

Wettbergen. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale der Frau Kläger.

Wesel-Doddsbach. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Krause, „Zur Stadt Kreidet“.

Oberwesel. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Fricke in Hettbrink.

Weselberg. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Schulte.

Recklinghausen-Süd. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Rolfe.

Selketal. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Kölpe.

Jeden vierten Sonntag im Monat:

Altenburg. Nachmittags 4 Uhr, im „Goldenen Engel“.

Altenrade. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Wessels.

Amendorf. Nach 1 Uhr, im „Burghofladen“ in Burg bei Amendorf-Madebach.

Wenau. Nachmittags 4 Uhr, wo? wird mit Stempel auf der Zeitung vermerkt.

Bremke. Nachmittags 3 Uhr, im Rathaus „Zur Wörschule“.

Büsingen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Ulrich, Schnildhorst.

Binslage. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Gerh. Hüller.

Heven. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Baumann in Heven.

Hövel. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Rubbert.

Hövelde. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Meindorf, Hövelde.

Katernberg II. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Brümmer.

Kahns. Nachmittags 8 Uhr, im Rathaus „Zum weißen Ross“.

Langerndorf I. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Sprodt.

Lechtingen. Nachmittags 8 Uhr, im Rathaus „Zum goldenen Panier“.

Lindhorst. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Karl Selter.

Leopoldshagen-Hettgen. Nachmittags 4 Uhr. (Vorabangabe fehlt).

Lehmendorf. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn A. Winter.

Müthen. Nachmittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn H. Hämmerle.

Nüttensiedlung. Vor- und Mittwochabende.

Scharnhorst. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Hommel, Wandelerholz.

Sterkade I. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Heinr. Wissing.

Winzen a. d. Aa. Nachmittags 4 Uhr, im Rathaus Dremm, Südwesel.

Jeden letzten Sonntag im Monat:

Wagen. Vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Schmid, Promenadenstraße 20.

Alt-Lünen. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Böhm (Vorabangabe).

Arnsdorf. Nachmittags 9 Uhr. Wo? sagt der Vortrag.

Bege-Borbeck. Vor- und Mittwochabende.

Bege-Borbeck. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Thiesler, Niederrath 100.

Bergen. Vormittags 11 Uhr, an bekannter Stelle.

Bergenhausen-Mittensiedlung. Vor- und Mittwochabende.

Bergenhausen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Hassberg, Mittensiedlung.

Brüggen. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Götzel.

Büderich. Nachmittags 2 Uhr, wo? sagt der Vortrag.

Büderich. Nachmittags 8 Uhr, im Rathaus Büderich.

Cronenberg. Nachmittags 8 Uhr, im Rathaus Cronenberg.

Eckernförde. Nachmittags 8 Uhr, im Rathaus Eckernförde.

Friedrichsruh. Nachmittags 8 Uhr, im Rathaus Friedrichsruh.

Geseke. Nachmittags 8 Uhr, im Rathaus Geseke.

Geseke. Nachmittags 8 Uhr, im Rathaus Geseke.